

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Blätter 20 Pf.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postgeschäftsstelle Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundseite oder deren Raum im Ankündigungs-
teil 2 M., die 66 mm breite Grundseite oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Einschaltung bis 8 M. — Erhöhung auf Geschäftsanzeigen.

Schluss der Annahme vor mittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Belegungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesforschungsbank, Jahresbericht und Rechnungsbuch
der Landes-Versicherungsbank, Verkaufsstellen von Pflanzensamen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Überleitung (und preisgelehrten Vertretung für den christlicherischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 227

Donnerstag, 29. September

1921

Zur Menterie in der Strafanstalt Waldheim.

(N.) Die Angaben, welche die Presse über die Menterie im Waldheimer Justizhaus gemacht hat, entsprechen zum Teil nicht den Tatsachen: Politische Beweggründe haben hierbei keine Rolle gespielt, politische Verbrecher waren daran überhaupt nicht beteiligt. Es handelte sich lediglich um einen Ausbruchversuch von Menteren, die durch einige Radikale verheft waren. Verletzt wurden bei jenem Vorfall nicht mehrere Häftlinge, sondern nur einer. Dieser befindet sich bereits wieder auf dem Wege der Besserung.

Die Regierungskoalition.

Berlin, 28. September. In gemeinsamen Besprechungen der demokratischen Fraktionen des Reichstages und des preußischen Landtages war man einig, daß eine Koalition von Weimarer-Sozialdemokraten und Deutschen Volkspartei für unsere gesamte soziale und wirtschaftliche Entwicklung besondere Bedeutung habe, weil sie die einzige Grundlage sei, auf der eine starke Politik aufgebaut werden kann. Die Besprechung gab weiter der Meinung Ausdruck, daß die Regierungsbildung im Reiche nur ein Radikal-Witz sein kann. Man ließ gleichzeitig keinen Zweifel darüber, daß von der Deutschen Volkspartei ein offenes und unzweideutiges Bekenntnis zur demokratischen Republik zu verlangen sei. Derner sprach man sich dahin aus, daß es wünschenswert sei, die Bildung der Regierungen im Reich und Preußen möglichst bald und gleichzeitig vorzunehmen.

Ein deutschnationaler Auftrag.

Berlin, 28. September. Die deutschnationalen Käffis hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Die unter Bezugnahme des Artikels 48 der Reichsverfassung gefüllten bayerischen Ausnahmestand nicht im Zusammenhang stehen und daher durch diese Verhandlungen nicht berührt werden.

Die 6. internationale Konferenz über die Maß- und Gewichtsordnung.

Paris, 28. September. Gestern wurde die allgemeine internationale Konferenz über die Maß- und Gewichtsordnung, die aller sechste Jahr in Paris stattfindet, eröffnet. Auf der Konferenz ist auch Deutschland vertreten.

Der Völkerbund und das Abrüstungsproblem.

Genua, 28. September. Die dritte Kommission (Abrechnung und Blockade) war heute der Schlußpont einer sehr großen Debatte über das Abrüstungsproblem, worin die temporäre gemischte Kommission für Abrüstungsbeschränkung aufgefordert wurde, einen präzisen Antrag auf Rüstungsbeschränkung auszuarbeiten, die in der Form eines Antrages oder in irgendeiner anderen schriftlichen Form vom Rat der nächsten Versammlung zu unterbreiten wäre. Der englische Delegierte Fisher und der französische Delegierte Reynald sprachen sich mit Nachdruck gegen ein solches Projekt aus, daß nicht zu verwirklichen sei, solange die Vereinigten Staaten von Amerika und Russland im Völkerbund fehlen. Brandt-Schwerin hält es im Hinblick auf die öffentliche Meinung für gefährlich, die Frage wiederum ein Jahr zu verschieben. Schanzer-Italien, der zwischen den beiden Parteien zu vermitteln suchte, ist der Ansicht, daß die Versammlung in irgendeiner anderen Weise zu dem Problem Stellung nehmen müsse. Er erläuterte sich vor allem deshalb gegen den Vorschlag Teek, weil er die temporäre gemischte Kommission in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung für die Ausarbeitung eines allgemeinen Abrüstungsplanes für ungeeignet hält. Diese Aufführung gibt Lange-Norwegen, der Teeks Vorschlag unterstützt. Gelegenheit, in der Versammlung festzustellen, daß die Kommission also ziemlich sei und durch eine andere ersetzt werden müsse. Nach längerer Debatte stimmt Teek einem Vorschlag Ransens zu, demzufolge die temporäre gemischte Kommission nur im allgemeinen Vorschläge für die Beschränkung der nationalen Rüstungen in großen Linien ausarbeiten

Bayern und Reich.

Die neuen Vereinbarungen.

München, 27. September. Dem Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags wurden in seiner heutigen Sitzung die am 24. September in Berlin zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Innern und dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem bayerischen Minister des Innern getroffenen Vereinbarungen bekanntgegeben. Danach sind:

1. die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29. und 30. August zurückzunehmen und durch eine spätestens 29. September zu erlassende Verordnung zu ersetzen. Ferner soll

2. die bayerische Staatsregierung die Verordnung über den Ausnahmestand spätestens am 6. Oktober mit Wirkung vom 15. Oktober außer Kraft setzen;

3. ist die Zustimmung des bayerischen Gesamtministeriums und des Verfassungsausschusses des bayerischen Landtags zu dem vereinbarten Entwurf der neuen Reichsverordnung und zur Aufhebung des Ausnahmestandes in Bayern dem Reichskanzler rechtzeitig bis zum 28. September mitzuteilen;

4. wird festgestellt, daß zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung Übereinkunft darüber besteht, daß die Landesregierungen nach wie vor berechtigt sind, bei Gefahr im Verzuge auch weiterhin einstweilige Maßnahmen zu treffen, die über den Inhalt der neuen Verordnung hinweggehen und denen gegenüber die Reichsregierung eine loyale Haltung einnehmen wird;

5. wird festgestellt, daß die bayerischen Volksgerichte mit dem auf Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung gefüllten bayerischen Ausnahmestand nicht im Zusammenhang stehen und daher durch diese Verhandlungen nicht berührt werden.

Das Gesamtministerium hat den Vereinbarungen am 27. September zugestimmt. Aus den vereinbarten Abänderungen der Verordnung des Reichspräsidenten ist hervorgehoben, daß für Verbote und Beschlagnahmungen die Landeszentralbehörden und die von ihnen bestimmten Behörden zuständig sind. Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Auspruch eines Verbotes oder einer Beschlagnahme ersuchen. Glaubt die Landeszentralbehörde einem solchen Erischen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies spätestens am zweiten Tage noch

dem Empfang des Erlasses dem Reichsminister des Innern mit und ruft gleichzeitig die Entscheidung des vorgenannten Ausschusses an. Entscheidet sich der Ausschuss für das Verbot oder für die Beschlagnahme, so hat die Landeszentralbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu treffen. Der Reichsrat wählt die Mitglieder des Ausschusses und ihre Stellvertreter aus seiner Mitte. Der Ausschuss entscheidet in der Belebung von sieben Mitgliedern, die noch eigneter freier Überzeugung erscheinen. Den Vorsitz führt ohne Stimmabgabe der Reichsminister des Innern oder ein von ihm bestimmter Stellvertreter.

Abg. Dr. Wohlmutz (Bay. Bp.), der Vorstand des Verfassungsausschusses begründet einen Antrag, wonach der Ausschuss der Vollversammlung empfohlen soll, es sei gegen die von der bayrischen Staatsregierung getroffene Vereinbarung keine Erinnerung zu erheben. Was jedoch den Zeitpunkt der Aufhebung des bestehenden bayrischen Ausnahmestandes anlangt, so bleibe es dem pflichtmäßigen Ermeessen der bayrischen Staatsregierung überlassen, zu beurteilen, wenn sie den angemessenen Zeitpunkt für gegeben erachtet.

Staatspräsident Graf Lichnowsky betonte, es sei einer der Programmpunkte, zu versuchen, die zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung seit längerer Zeit aus Anlaß der Verordnung des Reichspräsidenten bestehende Spannung auf dem Wege der Verhandlungen, wenn möglich, zu beseitigen. Es sei auch tatsächlich einer seiner ersten Amtshandlungen gewesen, in Berlin mit dem Reichskanzler zu verhandeln. Auf Grund zweimaliger Rücktritte sei man zu dem heutigen Ergebnis gekommen.

Noch längere Aussprache wurde ein Antrag der U. S. A. auf sofortige Aufhebung des Ausnahmestandes abgelehnt. Der Antrag Dr. Wohlmutz wurde mit 14 gegen 8 Stimmen angenommen, den Anteiligen der Regierung wurde mit 10 gegen 5 Stimmen der bayrischen Mittelpartei zugestimmt.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

London, 27. September. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß die Nationalversammlung in Ankara Mustapha Kemal Pascha den Rang eines Marschalls und den Titel "Ghazi" verliehen hat. Mustapha Kemal erklärte, er werde die Waffen nicht eher niedergelegen, als bis die letzten Griechen vom Boden der Türkei vertrieben seien.

Paris, 27. September. Nach einer Havasmeldung aus Ankara ist Mustapha Kemal Pascha von der Front dort eingetroffen. Die Bevölkerung hat ihm einen begeisterten Empfang bereitet.

nicht berühren. Aber an zwei Grundsäulen müsse Ungarn unbedingt festhalten, dem Grundloch seiner nationalen Souveränität und dem Grundloch, daß dem Friedensvertrage von Trianon keine neuen Verpflichtungen hinzugefügt würden. Lieber wolle Ungarn auf den Eintritt in den Völkerbund verzichten, als diese Grundsäule aufzugeben. Auf die Bemerkung eines Pressevertreters, daß die Wiederherstellung der Monarchie Ungarns nach Ankunft des Rechners offenbar vollzogen sei, da sorgte die Einladung für seinen Vortrag die Worte "Königlich ungarnisch" trug, und das Redner unaufhörlich von König Karl gesprochen habe, antwortete Graf Apponyi weiter ausweichend.

Ablehnung der Hilfe für Rußland durch den Völkerbund.

Genua, 28. September. Graf Apponyi, der Führer der ungarischen Abordnung in Genua, äußerte sich heute zu Versprechen über die Zurückziehung des ungarischen Aufnahmegesuchs, ferner über die Frage, obtreffen die Blockade und die Frage der Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn. Er erklärte nachdrücklich, daß mit seiner Zurückziehung des Aufnahmegesuchs Ungarn nicht etwa ein Urteil im Burgenlandkonflikt zu geben habe. Ungarn sei bereit, den Verpflichtungen des Vertrags von Trianon nachzuhören, aber es hätte gewünscht, daß die verschiedenen Entschädigungsforderungen, die es gegen Österreich geltend zu machen habe, die Rechtsformen der Übergabe des Burgenlandes vorher geregelt worden wären. Sehr entschieden wandte sich danach Graf Apponyi gegen die Auffassung von Tade Jozsef, die er lästig in der Habburger Frage vor der heutigen Pressevertreteten habe. Ungarn sei keinerlei Verpflichtungen eingegangen, auf eine Wiederherstellung der Habburger Dynastie zu verzichten und es werde nie eine solche Verpflichtung eingehen. Die Frage der Wiederherstellung selbst wolle er Europa nicht mit verschwommenen Namen zuschauen.

Spenden für die Opfer des Oppauer Unglücks

nehmen entgegen: Die Reichsbank, sämtliche Banken, Postanstalten sowie die Postscheckämter Ludwigshafen Mr. 15.000, Frankfurt a. M. Mr. 55.000 und Berlin Mr. 117.000 (Reichsbahnkassen für Oppau). Auch die Geschäftsstelle der Sächsischen Staatszeitung ist bereit, Geldgaben anzunehmen und weiterzufördern.

Albanien.

Ein Kenner von Leuten und Leid in Albanien schreibt uns: "Vergebens predigt Salomo, die Leute machen's doch nicht so!" Wilhelm Busch hätte seinen Berd sicherlich auf den Völkerbund geschickt, wenn er diesen erlebt hätte. Der Völkerbund erklärt die Unabhängigkeit Albaniens, er ermahnt das Land, ruhig zu bleiben, und er bittet die Griechen, das Land in Ruhe zu lassen. Aber alle tun sie das Gegenteil. Noch ist der griechisch-türkische Krieg nicht entschieden, und schon gehen auf dem Balkan wieder die Flammen und Kanonen los. Die Serben marschieren von Norden her in Albanien ein, die Griechen von Süden, die Italiener lämmern sich um Batona, und die albanische Regierung, die ihren Söhnen nicht mehr in Durazzo, sondern landeinwärts bisher versteckt in Tirana hat, mobilisiert ganze Regimenter ihres Einmillionenvolkes, um sich gegen die ungeheilten Gäste zur Wehr zu setzen. Die albanische Frage ist eben noch nicht gelöst. Weder die Friedensschlüsse vom Jahre 1913 noch den Balkankriegen, noch die Neuauflistung des Balkans nach dem Weltkrieg haben eine haltbare Lösung gebracht. 1913 hofft man sich in dem albanischen Gebiet an der Adria durch die Schaffung eines selbständigen Fürstentums unter der kurzen Regentschaft des Prinzen Wied. Heute ist das Land selbständige Republik, nachdem einige Grenzberichtigungen zugunsten der drei eifersüchtigen Nachbarn vorgenommen wurden. Über zufrieden ist niemand, am wenigsten die Schiopaten, die Bewohner Albaniens selber. Eingeschlossen zwischen dem ehemaligen Montenegro, Montenegro und dem griechischen Janina leiden sie an dem inneren Zwielicht ihrer drei Religionen, der muhammedanischen, der katholischen und der orthodoxen. Die Befenner dieser drei Konfessionen lagen ja schon in der Türkenzzeit oft in gegenseitiger blutiger Feindseligkeit. Heute hat sich der Streit mehr auf das politische Gebiet verschoben. Die Regierung von Tirana, gestützt auf eine Nationalversammlung, spielt die Gegenläufe zwischen den drei Konkurrenten, den Serben, Griechen und Italienern aus. Aber während sie dies tut, verschärft sie die nationalen Spannungen im eigenen Lande. Man glaubt auch, viel zu viel albanisches Land verloren zu haben. Man denkt gern an die Zeit unter dem Prinzen Wied zurück und will wieder einen Fürsten haben. Die Nationalversammlung soll sich bereits an italienischen Prinzen gewandt und ihnen den albanischen Thron angeboten haben. Damit wäre Italien ein überwiegender Einfluß in Albanien gesichert. Aber gerade das gönnt die Völker des Völkerbundes ihrem adriatischen Mitbürgern nicht. Es ist ein Jammer, daß Albanien durch diese politischen Intrigen und Wirkungen an seinem wirtschaftlichen Aufbau gehindert wird. Eine der destruktiven Faktoren der Tirana-Regierung wäre es, die Landwirtschaft und die Viehzucht, für die sie gut wie unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden sind, mit allen Kräften zu fördern. Ein großer Teil der jetzt drohenden großen Landgüter könnte zu Nutzwirtschaften ausgebaut werden. Die fruchtbaren Tiefebene an der Küste könnten durch Bewässerungswälle zu prachtvollen Äckern und Weideland gemacht werden. Albanien ist besonders geeignet für die Schaf- und Seidenraupenzucht. Vor dem Weltkriege belief sich die Ausfuhr von Schafwolle jährlich ungefähr auf 500.000 kg und diejenige des Seidenlokoms auf mehr als 60.000 kg. Als der Krieg zu Ende ging, bildete sich ein Konsortium von deutschen und österreichischen Kapitalisten, das in Albanien Weinlagen, Oliven, Baumwolle, Tabak und Rosen für die Herstellung von Rosend an-

bauen wollte. Was ist auf der Unternehmung geworden? Wie Deutsche haben unsere Kolonien verloren. Wie liegen über die Volataktivitäten überzeugender Auswanderung. In Albanien wäre für deutsche Tafelstift noch etwas zu tun. Diese Untersuchungen haben die Anwesenheit von Chemie, Durchsicht, Kupfer, Eisen, Petroleum und Erdöl gezeigt. Der Albaner, zwar fröhlig und intelligent, ist an industrielle Arbeit nicht gewohnt. Er geht nicht in die Steinkohlensäger, die man neuerdings gefunden hat. Er versteht auch nichts von der Fortschwirtschaft. Aufgedeckte Sicken, Dachen und Tonnenwöldele bedecken die Berges des Landes. In Eritreien sind gute Geschäfte mit der Ausfuhr des wertvollen Gelbholzes zu machen. Das hat überall vorhandene Wasser leicht fließende Tiefenstrom. Mit Arbeit wäre den Albanern geholfen. Die Politik aber wird mit ihrem Charakter.

Die deutsch-dänischen Verhandlungen.

Berlin, 27. September. Die deutsch-dänischen Verhandlungen, an denen eine deutsche Delegation unter dem Wirkl. Geh. Rat v. Körner teilnimmt und in denen seit Mitte Juli eine Seite eingetreten war, sind jetzt in Kopenhagen wieder aufgenommen worden und dücken sich bei dem reichhaltigen Arbeitsstoff noch eine Zeitlang hinziehen.

Donau-Alte und Deutsches Reich.

Berlin, 27. September. Der deutsche Abgeordnete bei der Internationalen Donaukommission, Gesandter Dr. Albert Seeliger, hat am 19. d. M. die neue Donau-Alte unterzeichnet. Das Deutsche Reich war durch den Artikel 349 des Friedensvertrags zur Anerkennung dieser Alte zwar verpflichtet, sie entspricht aber im großen und ganzen auch den deutschen Wünschen, und durch die formale Unterzeichnung ist das Reich in die Reihe der Signatarien eingetreten. Es soll mit diesen nicht nur Pflichten, sondern auch alle Rechte. Insbesondere können Änderungen des Status nur noch mit Zustimmung des Reiches vorgenommen werden, und dieses kann innerhalb der in der Alte vorgegebenen Grenzen auf Änderungen hinweisen. Der Wortlaut der neuen Konvention wird alsbald veröffentlicht werden.

Eine neue kommunistische Partei.

Berlin, 28. September. Eine Korrespondenz zufolge haben sich die Abg. Dr. Leib, Walther, Reich, Nebe, Geyer jun., Röhm und Adolf Hoffmann sowie der Abg. Rothwein im Reichstag zu einer eigenen Gruppe der Kommunistischen Arbeitergemeinschaft zusammengezogen. Diese Gruppierung würde nach der Korrespondenzmeldung der Postamt zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei sein, die sich von Moskau unabhängig halten will. — Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat an Stelle des verstorbenen Abg. Trümmer den Abg. Marx zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Unwahre Gerüchte über Oberst Bauer und Hauptmann Pappi.

München, 27. September. Auf die Anfrage des kommunalpolitischen Abg. Rendel im ständigen Landtagssaal am 17. September, ob der Regierung bekannt sei, daß auf dem Kongress für den Wiederaufbau Bulgarien in Bad Reichenhau Oberst Bauer und Hauptmann Pappi teilgenommen hätten, die von der Regierung verneint

wurde, heißt nunmehr die wirtschaftspolitische Vereinigung für den Osten fest: In den Verhandlungen des Kongresses im Bad Reichenhau haben ausschließlich russische Staatsangehörige teilgenommen. Die Verhandlungen waren großenteils unter Kontrolle des Bureaus des Kongresses. Nur die Eröffnungs- und die Schlusssitzung mit der Bekanntmachung der Beschlüsse fanden öffentlich im Beisein geliebter Gäste statt, unter denen sich weiter Oberst Bauer, noch Hauptmann Pappi befanden, die auch keine Einladung erhalten hatten.

Politischer Prozeß.

Berlin, 27. September. Vor der ersten Strafammer hatten sich heute der Schriftsteller Max Bodler und der Redakteur Otto v. Schilling wegen Bekleidung des Siegelamtes Bauer, des ehemaligen Reichsministers Wissel und des Reichsabgeordneten Hoch (Kanar) zu verantworten. Die Bekleidung soll in einem quer im "Deutschen Nachrichtenblatt" erschienenen und in der "Deutschen Tageszeitung" abgedruckten Aufsatz "Der Schlüssel zu dem Missionenvertrag des Herrn Haase ein Panorama der deutschen Sozialdemokratie" erfolgt sein. Bodler lehnt die Verantwortung für den Aufsatz ab, den er bis zur Erhebung der Anklage nicht gekannt habe. Verfasser sei der Redakteur Adolf Himmermann, der sich inzwischen selbst gemeldet hat. Der Angeklagte v. Schilling erklärte, er habe den Aufsatz im Vertrauen auf die Zuverlässigkeit des ihm vorher bekannten Verfassers aufgesungen. Das Gericht war der Ansicht, daß im Falle Bodler möglicherweise die Frage der Schuldlosigkeit zu prüfen sei, und im Falle v. Schilling die Hochstlichkeit in Frage komme. Da der Verteiler v. Schillings erklärte, den Wahrscheinlichkeitsbeweis erbringen zu wollen, wurde die Verhandlung vertagt.

Bismarks „Gedanken und Erinnerungen“.

Stuttgart, 27. September. Der dritte Band von Bismarks "Gedanken und Erinnerungen" ist jetzt ausgetragen worden. Die Nachfrage war so stark, daß die Auflage in Höhe von 200 000 Exemplaren bereit verläuft ist. Im November wird ein hoch bemessener Nachdruck herausgegeben werden.

Die Memoiren Vallins.

Hamburg, 27. September. Den Vernehmen nach werden noch im Laufe dieser Herbst die Memoiren Albert Vallins der Öffentlichkeit übergeben werden. Bei der internationalen Bedeutung dieses Mannes und seinen engen Beziehungen zu allen leitenden Stellen im Reiche vor dem Kriege und während des Krieges wird der Veröffentlichung allgemein mit Interesse entgegensehen. Voraussichtlich erwartet man hier davon Aufschlüsse über die zuerst an Albert Vallin geäußerten Anregungen zu einer Annäherungskktion zwischen England und Deutschland.

Politische Folgen des Oppauer Unglücks.

Berlin, 28. September. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die KfA fordern zur Katastrophenversicherung von Oppau, daß die durch die Katastrophen sich als völlig unzulänglich erwiesenen Unfallversicherungsschriften einer gründlichen Nachprüfung unterzogen werden. Die bestehenden völlig unzureichenden Unfallversicherungsfeststellungen machen eine sofortige Inangriffnahme einer Reform der Unfallversicherung der Reichsversicherungsordnung notwendig. Zur sofortigen Überprüfung der entstandenen Notlage sei durch Reichsgesetz zu bestimmen, daß eine der Geld-

entwertung Rechnung tragende Entschädigung den vom Unglück Betroffenen und ihren Hinterbliebenen zu zahlen ist. Zur Bedingung der zu leistenden Entschädigungssumme seien die mit dem Oppauer Werk verbundenen industriellen Konzerne in starkem Maße heranzuziehen.

Die Frankfurter Herbstmesse.

Frankfurt a. M., 27. September. Der heutige Tag brachte den zahlreichen in- und ausländischen Journalisten, die zum Besuch der Herbstmesse eingetroffen waren, ein reiches Tagesprogramm. Am Morgen hatten die Frankfurter Reichsbahn, Bremen, Bremen & Wittelsbach und die Adlerwerke vom Meyer zur Bekleidung ihrer umfangreichen Anlagen eingeladen. Später gaben die Zeitungen beider Werke den Besuchern ein Frühstück in den Räumen der Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft, bei dem Generaldirektor Bauer, Koester eine Begrüßungsrede hielt. Dr. Alfredo Gronfieri dankte im Namen der Gäste. Am Nachmittag wohnten die Vertreter im neuen Theater einer Nebenstadt bei und besichtigten dann unter Führung Dr. Lieberdes die Kunstmesse in Nürnberg. Zum Schluß wurden die umfangreichen Ausstellungsräume der Firma Gebr. Greysel besichtigt.

Die Lohnbewegung in der Berliner Filmindustrie.

Berlin, 27. September. Heute vormittag haben in fast allen Betrieben der Berliner Filmindustrie die Arbeiter und Angestellten ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, ohne daß die von ihnen gestellten Bedingungen erfüllt wurden. Die Bohrverhandlungen dürften bald wieder aufgenommen werden.

Ende des Landarbeiteraustausches im Mansfelder Gebirgskreise.

Halle, 27. September. Der vom kommunalen Landarbeiterverband angezeigte Landarbeiteraustausch im Mansfelder Gebirgskreise ist zusammengebrochen, ohne daß die ausländigen etwas erreicht hätten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 27. September. Eine neue Erinnerungsschrift: Auf dem Reichstag wehen die Fahnen schwarz-rot-gold, die Fahnen des Reiches. Und ja soll es immer sein, wenn der Reichstag zusammen ist. Das äußere Zeichen nach außen, daß das Parlament verhandelt. Die heutige Sitzung, die nur sehr kurz wählt, und sich mit 23 kleinen Anträgen beschäftigte, war bereits nach der langen Pause von den Abgeordneten gut besucht. Gestern und heute hatten schon Praktischtagungen stattgefunden und der Abstinent hat für die nächsten Tage einen Geschäftstag aufgestellt, der wiederum bereits vom Freitag ab eine längere Verlängerung des Hauses vorsieht. Morgen will man das Unrecht in Oppau besprechen, der Donnerstag soll von einer Besetzung frei bleiben, damit der Auswärtige Ausschuß den amerikanischen Friedensvertrag behandeln kann und die Praktischen Gelegenheiten finden, zu den allgemeinen politischen Fragen Stellung zu nehmen. Am Freitag wird die große außenpolitische Frage beginnen, die an die Verordnung des Reichspräsidenten vom August und die dazugehörigen Interpretationen anknüpft wird. Wahrscheinlich wird das Plenum sich am Freitag auch mit dem amerikanischen Friedensvertrag beschäftigen. Wie lange die Ausprachetauern wird, läßt sich nicht vorhersehen, jedenfalls soll der Reichstag bis zur Beratung der Steuerverordnungen im letzten Drittel des Oktober eine große Pause machen. Heute gedachte der Präsident

zuerst der verstorbenen Abgeordneten Trümmer, Dr. Hesse, Baudenk und Gaberer und der Antropo in Oppau. Von den zahlreichen Neuwahlen zeigte keine besonders hervor; unter allgemeinem Wohlmeintheitsgeiste wurden sie erlebt. Raum zwei Stunden hatte diese erste Sitzung des Reichstages gedauert.

Der Altestenrat des Reichstages beschäftigte sich in seiner heute vor Beginn der Plenarsitzung abgehaltenen Sitzung mit dem Geschäftsordnungsplane für die nächsten Tage. Morgen wird über das Unglück von Oppau berichtet. Der Donnerstag soll von der Abschaffung freibleiben, damit der Auswärtige Ausschuß den amerikanischen Friedensvertrag behandeln kann und die Praktischen Fragen zu den allgemeinen politischen Fragen Stellung nehmen können. Freitag wird die große politische Aussprache beginnen, die an die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August und die dazugehörigen Interpretationen angeknüpft wird. Am Freitag wird wahrscheinlich der amerikanische Friedensvertrag im Plenum behandelt werden. Nach Abschluß dieser Debatte soll der Reichstag bis zur Beratung der Steuerverordnungen im letzten Drittel des Oktober vertagt werden. Das Reichstagsgeschebe war heute in den Reichstagen besiegelt. So wird es nach besonderer Beratung des Präsidenten Ende in Zukunft an allen Tagen sein, an denen Plenarsitzungen abgehalten werden, eine Gelegenheit, die auch von den Nachkommen anderer Länder geltet wird.

Berlin, 27. September, 134. Sitzung. Das Haus ist zweimal fast beschleunigt. Die Blöge der verstorbenen Abgeordneten des Zentrums Höp, Trümmer, Gaberer und Baudenk sind mit Vorlesungen geschmückt. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 14.4 Uhr. In diesem Augenblick erscheint der Reichskanzler. Der Präsident begrüßt die Eröffnungen, gedenkt der Verstorbenen und widmet den Einzelnen einen Nachruf. Er gedenkt der Verdienste des Abg. Höp. Höp spricht von der großen Würde, die der Hinwendung der Abgeordneten Trümmer und Baudenk an die Wehr des Deutrichen getragen, und gedenkt ihrer persönlichen Ehrlichkeit und ihrer Ehrlichkeit. Nach schwieriger aber wichtiger die Rückkehr von dem tödlichen Menschenwohl an dem Abg. Erzberger. Es sei nicht die Tat eines Banditen gewesen, sondern die feine, wohlüberlegte Tat von Deutrichen, die den Offiziersstab damit beschützt hätten. Es möge noch Erwähnung gemacht unterlaufen sein, was nicht jedes billigen könnte, seine Bedeutung werde darum nicht geringer. Blöge um die Wehrkraft darauf gerecht werden. Röder schlägt mit einem Nachruf auf den Abg. Reichsbaud (Sos.) (das Haus hat sich ja über die Verstorbenen erhoben) und gedenkt auch mit warmherzigen Worten der Opfer von Oppau.

Fünf Mitglieder sind in den Reichstag neu eingetreten. Das Ministerium des Innern sieht die Genehmigung zur Staatsverordnung des kommunistischen Abg. Reichs wegen Bekleidung und des deutsch-nationalen Abg. Schimmeleitung wegen Begehung gegen die Reichsregierung vor. Auf der Tagesordnung stehen 22 kleine Anträge. Auf die Anfrage Heyd (Dtsch. S.) über die Tötung des Kaufmanns Langenhardt aus Bielefeld bei Trier durch französische Gefangengetrüppen erwidert Gesandter Dr. Röder, daß noch der Festnahmen eines französischen Soldaten als vermutlichen Täter amtliche Nachricht über das endgültige Ergebnis der Untersuchung noch nicht vorliegen. Dem Unternehmen noch folle der Angeklagte illegal vom französischen Kriegsgericht in Köln freigesprochen worden sein. Die deutsche Regierung werde die Sache weiter verfolgen und insbesondere ihr Verlangen auf Gewährung von Schadensersatz für die hinterbliebenen aufzuerhalten.

Auf Anfrage des Abg. Dr. Beder-Heijen (Deutsche U.) über die Erhöhung des Salles für Wein in Flaschen durch das Komitee der Rheinlandskommision

über den gegenwärtigen Stand der Geisteswissenschaften und die Schule. Am Nachmittag begannen die Sitzungen der 14 Sektionen.

— Mit einem Begrüßungsdank wurde in Darmstadt am vergangenen Montag die Tagung der Gesellschaft für freie Philosophie eröffnet. Außer den Dozenten und Schülern der Schule der Weisheit haben sich viele auswärtige Gäste in Darmstadt eingefunden. Gestern vormittag hielt der Leiter der Schule der Weisheit, Graf Hermann Rehberg, einen programmatischen Vortrag "Was wir wollen". Rehberg betonte, daß das Neue einer historisch wirkamen, geistigen Richtung nicht in neuen Tatsachen und Lehren, sondern in einer neuen geistigen Einstellung begründet sei. Nicht durch neue Gedanken, sondern durch ihre elementare Lebenstiefe haben Buddha und Christus vermocht, ihre Worte Fleisch werden zu lassen, alle ewigen Weisheiten zu einer geistlichen Weisheit zu führen. In diesem Sinne komme es der Schule der Weisheit nicht daran an, neues Wissen zu vermitteln — das sei Angelegenheit der Universitäten — nicht neuen Glauben zu vermitteln — das sei Angelegenheit der religiösen Gemeinschaften — sondern in die Tiefe der Dinge zu führen, damit neue innere Lebensstöße zu werden. Gemäß Rehbergs Grundlinien versuchte am Nachmittag Dr. Ernst Knouff in seinem Vortrag über "Buddhistische Wandlungen" aufzuzeigen, wie sich derselbe ewige Geist in den wechselnden Zeitscheinungen der geistlichen Entwicklung des Buddhismus manifestiert. Am Abend fand eine Dante-Feier im Landestheater statt.

— Die Meldung vom Tode des Philosophen Eugen Dühring, die wir gestern brachten, wird von Berliner Wäldern als ungünstig bezeichnet.

literatur. Aus Wien wird gemeldet: Das Burgtheater veranstaltete die Uraufführung des Schauspiels "Hochzeitsstage" des französischen Giraldy, deutlich von dem Schweizer Gaskell. Es ist eine lebhafte, aber auch dilettantische Arbeit mit vielen novellistischen und feinfühlenden

Sätzen, die der Dramaturg des Burgtheaters leider nicht entzog. Viel falsche, oft französische Sentimentalität, aber auch viel Ruhig und Geschmac er schworen die Verteilung.

— Ein Hermann-Löns-Denkmal wurde am vergangenen Sonntag in Rüden an der Orte in der Lüneburger Heide, dem Lieblingsort des Heimatdichters, enthüllt. Es ist aus Findlingen gemacht, etwa 4 m hoch und wird von einem mächtigen Findling gekrönt. Auf der Vorderseite trägt es das Bronzebildnis des Dichters von Gericke und die beiden Worte "Hermann Löns". Von Hause des Denkmals hat man eine wunderbare Aussicht auf die weite, tiefe unten liegende Heide. Dr. Staby (Kollwitz bei Lüneburg), der die Anregung zur Errichtung des Denkmals gegeben hat, hielt die Weiherede.

— In Cortalbo bei Florenz fand man bei Ausgrabungen 3 m unter dem Erdboden die Gebeine eines Ritters, in welchem man den Ort und den Umständen nach die Überreste des Dichters Giovanni Boccaccio wiederzuerkennen glaubt. Ein Aufschluß von Sachverständigen wurde mit der Prüfung der Hypothese beauftragt.

— Der geschäftsscheue Vorstand der Deutschen Bücherei in Leipzig hat an die Stadt eine Eingabe gerichtet, in der gebeten wird, den Beitrag der Stadt Leipzig von 115 000 auf 500 000 M. zu erhöhen. Es wird in der Eingabe darauf hingewiesen, daß die Ausgaben für Gehälter und betriebliche Aufwendungen ganz außerordentlich gestiegen seien. Meister wird erwähnt, daß der ländliche Staat und ebenso das Reich ihre Beiträge erhöht haben. Der Aufwand für den Betrieb der Deutschen Bücherei betrug im Jahre 1920 über 1,2 Mill. Mark, wird aber im laufenden Jahre beträchtlich höher werden.

— Ivan Vasoff, Bulgarient größter zeitgenössischer Dichter, ist im Alter von 71 Jahren in Sofia gestorben. Seine literarische Werdegang ist eine lebhafte, aber auch dilettantische Arbeit mit vielen novellistischen und feinfühlenden

Gedanken. Ein Pantheon der großen Männer und der großen Maler der Schweiz ist in einer eigenartigen Ausstellung errichtet worden, die vor kurzem in Lausanne eröffnet wurde. Das Unternehmen, das sich in der geschäftlich bedürftigen schönen Landschaft von Mon-Repos heimisch gemacht hat, ist von langer Hand vorbereitet worden, und eine besondere Kommission, die aus hervorragenden Historikern und Kunstkennern besteht, hat die Modelle des 17., 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die sich in Schweizer Privatbesitz befinden, sorgfältig durchsucht. Der Pantheon ist eine wundervolle Aussicht auf die weite, tiefe unten liegende Heide. Dr. Staby (Kollwitz bei Lüneburg), der die Anregung zur Errichtung des Denkmals gegeben hat, hielt die Weiherede.

— In Cortalbo bei Florenz fand man bei Ausgrabungen 3 m unter dem Erdboden die Gebeine eines Ritters, in welchem man den Ort und den Umständen nach die Überreste des Dichters Giovanni Boccaccio wiederzuerkennen glaubt. Ein Aufschluß von Sachverständigen wurde mit der Prüfung der Hypothese beauftragt.

— Der geschäftsscheue Vorstand der Deutschen Bücherei in Leipzig hat an die Stadt eine Eingabe gerichtet, in der gebeten wird, den Beitrag der Stadt Leipzig von 115 000 auf 500 000 M. zu erhöhen. Es wird in der Eingabe darauf hingewiesen, daß die Ausgaben für Gehälter und betriebliche Aufwendungen ganz außerordentlich gestiegen seien. Meister wird erwähnt, daß der ländliche Staat und ebenso das Reich ihre Beiträge erhöht haben. Der Aufwand für den Betrieb der Deutschen Bücherei betrug im Jahre 1920 über 1,2 Mill. Mark, wird aber im laufenden Jahre beträchtlich höher werden.

— Ivan Vasoff, Bulgarient größter zeitgenössischer Dichter, ist im Alter von 71 Jahren in Sofia gestorben. Seine literarische Werdegang ist eine lebhafte, aber auch dilettantische Arbeit mit vielen novellistischen und feinfühlenden

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 28. September.

Klaviers-Abend. (Brahms-Abend, Walter Rehberg.) Das erste Klavier-Konzert; die Konzertzeit ist eröffnet! Einem schönen Auftritt bediente dieser erste der vier Brahms-Abende, die und der Künstler zum Gedenken des 25-jährigen Todestages des Meisters bieten will. Er ist zu solchem Unternehmen ein in hohem Grade Verstärker, das unterliegt keiner Zweifel, und die Verstaltung bezeugte es aufs neue. Die Konzertordnung verzeichnete die Sonate op. 1, die Variationen op. 9, die Klaviersonate op. 76 und die beiden Klaviersonaten op. 79. Rehberg ist ein wunderbarer Ausdeuter der Brahmsischen Werte. Mit einer vollkommenen technischen Meisterschaft der Werke, einem klassischen Hervorbringen ihres musikalischen Teils ordnete er die Sonaten der Weisheit, Graf Hermann Rehberg, einen programmatischen Vortrag "Was wir wollen". Rehberg betonte, daß das Neue einer historisch wirkamen, geistigen Richtung nicht in neuen Tatsachen und Lehren, sondern in einer neuen geistigen Einstellung begründet sei. Nicht durch neue Gedanken, sondern durch ihre elementare Lebenstiefe haben Buddha und Christus vermocht, ihre Worte Fleisch werden zu lassen, alle ewigen Weisheiten zu einer geistlichen Weisheit zu führen. In diesem Sinne komme es der Schule der Weisheit nicht daran an, neues Wissen zu vermitteln — das sei Angelegenheit der Universitäten — nicht neuen Glauben zu vermitteln — das sei Angelegenheit der religiösen Gemeinschaften — sondern in die Tiefe der Dinge zu führen, damit neue innere Lebensstöße zu werden. Gemäß Rehbergs Grundlinien versuchte am Nachmittag Dr. Ernst Knouff in seinem Vortrag über "Buddhistische Wandlungen" aufzuzeigen, wie sich derselbe ewige Geist in den wechselnden Zeitscheinungen der geistlichen Entwicklung des Buddhismus manifestiert. Am Abend fand eine Dante-Feier im Landestheater statt.

— Die Meldung vom Tode des Philosophen Eugen Dühring, die wir gestern brachten, wird von Berliner Wäldern als ungünstig bezeichnet.

literatur. Aus Wien wird gemeldet: Das Burgtheater veranstaltete die Uraufführung des Schauspiels "Hochzeitsstage" des französischen Giraldy, deutlich von dem Schweizer Gaskell. Es ist eine lebhafte, aber auch dilettantische Arbeit mit vielen novellistischen und feinfühlenden

Gedanken. Ein Pantheon der großen Männer und der großen Maler

Problems von 48 auf 100 M. für 100 kg erhoben. Ein Regierungserlass, das mit der Auslieferung der Sanktionen auch die dann übrig gebliebenen entgegenstehenden Hemmungen beseitigt werden.

Zur Anfrage von Herrn Deutschen Volkspartei, ob die Regierung die in den "Sachsenfischen Monographien" veröffentlichte Begegnung über Grundsätze der Freiheit an mehreren deutschen Gefangen und Einwohnern durch Verbreitung im neutralen und ehemaligen Feindlande verhindern wolle, wird von der Regierung erwidert, dass das bestreifende Material offiziell den deutschen Auslandskreislauf bestimmen kann, dass die Regierung sich aber den Zeitpunkt der amtlichen Bekanntmachung des Materials vorbehalten müsse, da sie der politischen Gefangenen Rechnung zu tragen habe.

Auf Anfrage aus dem Zentrum wegen Verschiebung des Ausschusses, der für die Vergabe von Beleihungen und Lieferungen einheitliche Grundlage für Reich und Länder schaffen soll, wird von der Regierung erwidert, dass der Ausschuss demnächst einberufen werden wird. Auf Anfrage von bewaffneten Seiten wegen der Schulden durch französische Belaguerungsstruppen im Ersten Weltkrieg stellt die Regierung erwidert, dass durch die Regierung bestreitbare Verantwortung der französischen Truppen auf weitem Gebiete in den letzten Tagen eine Schädigung der schwergewichsten Verteidigung eingesetzt sein dürfte.

Zur Anfrage des Abg. Dr. Quaas (Dtsch. Volksp.) nach der Regierung die Vorlegung einer Denkschrift über die Kosten der Beleihungsstruppen, die vollen Verträge bei Betriebsverhandlungen, die Kosten der Apparate der Kriegsgesellschaften und über die Höhe des deutschen Volksvermögens zu deren Herstellung oder noch genommene Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Die Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Abg. Moß (Dtsch. Vp.) erhält auf Anfrage folgende Antwort der Regierung: Nach dem vorliegenden amtlichen Beschluss ist die 15jährige Gefährdung am 10. Juli 1921 bei Riemersheim nochmals gegen 1/4 Uhr von zwei schwarzen Polizeiabteilungen in einem Kreisfeld gescheitert, mit Habschaften bedroht und verwüstet worden. Trotzdem die amtlichen Feststellungen über die Tat abseits den zuständigen Polizeiabteilungen mitgeteilt worden waren, trat eine Witterung der Leute über die Ergebnisse der Untersuchung und die Verhaftung der Täter noch nicht vor.

Auf Anfrage der Deutschen Volkspartei, ob es gelte, dass der Schriftsteller Maximilian Harden im amtlichen Antrag der deutschen Regierung nach den Vereinigten Staaten von Amerika reise, wurde regierungswichtig erwidert, dass die Regierung diese Reise und das Reiseunternehmen herzlichst förmlich ablehne.

Die Interpellation Hergt (Deutschland) betreffend Gewebeverschreibungen und Strafenmann (Deutsche Vp.) betreffend Ausschreibungen gegenüber Angehörigen nicht sozialistischer Parteien werden innerhalb der gesetzordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Die Reichshaushaltsschätzung für 1921 geht an den Reichsminister. Der zweite Nachtrag des Hauses für 1921, Neuregelung der Leistungszulagen für Beamte, wird von der heutigen Tagessitzung abgelehnt. Das Gesetz über den Aufzehrungsbeitrag wird einer besonderen Kommission überwiesen. Der Gesetzesentwurf über Verpflichtung zur Ausfertigung über militärische Gelder und zu deren

Gewährgabe wird in zwei Sitzungen ohne Erörterung angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr: kleinere Vorträge, Rechtsfrage und Interpellation betreffend das Urteil in Oppau.

Schluss 1/2 Uhr.

Der Danziger Volksitag und das Unglück von Oppau.

Danzig, 27. September. Die mehrheitlich polnische Freiheit des Danziger Volksrates hat den Antrag gestellt, für die hinterbliebenen Opfer von Oppau 100 000 M. zu bewilligen.

Die Vergänge in Westungarn.

Wiener-Kreis, 27. September. Im Anschluss an die Befreiung lagerten die ungarischen Truppen im neutralen und ehemaligen Feindlande verloren, was von der Regierung erwidert, dass das bestreifende Material offiziell den deutschen Auslandskreislauf bestimmen kann, dass die Regierung sich aber den Zeitpunkt der amtlichen Bekanntmachung des Materials vorbehalten müsse, da sie der politischen Gefangenen Rechnung zu tragen habe.

Auf Anfrage aus dem Zentrum wegen Verschiebung des Ausschusses, der für die Vergabe von Beleihungen und Lieferungen einheitliche Grundlage für Reich und Länder schaffen soll, wird von der Regierung erwidert, dass der Ausschuss demnächst einberufen werden wird. Auf Anfrage von bewaffneten Seiten wegen der Schulden durch französische Belaguerungsstruppen im Ersten Weltkrieg stellt die Regierung bestreitbare Verantwortung der französischen Truppen auf weitem Gebiete in den letzten Tagen eine Schädigung der schwergewichsten Verteidigung eingesetzt sein dürfte.

Zur Anfrage des Abg. Dr. Quaas (Dtsch. Volksp.) nach der Regierung die Vorlegung einer Denkschrift über die Kosten der Beleihungsstruppen, die vollen Verträge bei Betriebsverhandlungen, die Kosten der Apparate der Kriegsgesellschaften und über die Höhe des deutschen Volksvermögens zu deren Herstellung oder noch genommene Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Die Albanische Grenzfrage.

Paris, 27. September. Damit meldet aus London: Amtliche Kreise erklären, dass die britische Regierung, dass durch die teilweise Rückeroberung der französischen Truppen auf weitem Gebiete in den letzten Tagen eine Schädigung der schwergewichsten Verteidigung eingesetzt sein dürfte.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Abg. Moß (Dtsch. Vp.) erhält auf Anfrage folgende Antwort der Regierung: Nach dem vorliegenden amtlichen Beschluss ist die 15jährige Gefährdung am 10. Juli 1921 bei Riemersheim nochmals gegen 1/4 Uhr von zwei schwarzen Polizeiabteilungen in einem Kreisfeld gescheitert, mit Habschaften bedroht und verwüstet worden. Trotzdem die amtlichen Feststellungen über die Tat abseits den zuständigen Polizeiabteilungen mitgeteilt worden waren, trat eine Witterung der Leute über die Ergebnisse der Untersuchung und die Verhaftung der Täter noch nicht vor.

Auf Anfrage der Deutschen Volkspartei, ob es gelte, dass der Schriftsteller Maximilian Harden im amtlichen Antrag der deutschen Regierung nach den Vereinigten Staaten von Amerika reise, wurde regierungswichtig erwidert, dass die Regierung diese Reise und das Reiseunternehmen herzlichst förmlich ablehne.

Die Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg. Pfleiderer (Unabh. Gr.) ob der Wehrminister den Kappellen-Pöhlendorff befürdet und den stellvertretlich verfolgten Kapellen-Pöhlendorff mit voller Pension entlassen habe, wird regierungswichtig erwidert. Schließlich werde die Pension nicht ausbezahlt werden, ehe Erbhardt ermittelt worden sei.

Zur Anfrage des Abg.

Anstalten in anderen großen Städten wirtschaftet aber die Kinderanstalt zu Dresden außerordentlich billig. Sie konnte auch im Berichtsjahr von 36 153 Gesamtverpflegungen 26 773 Verpflegungen vollkommen frei gewähren, von denen rund 3000 auf die eigenen Zusätze entfallen. Das entspricht einer Jahresleistung von etwa 670 000 M. an unentgeltlicher Pflege kranker Kinder. In den Verwaltungsrat trat an Stelle des wegen Geschäftsführerbürbung ausscheidenden Kommerzienrats Raumann Dr. Ministerialrat Dr. Streit ein.

* Als Staatsvertreter für die Jahresabschau Deutscher Arbeit 1922 Dresden ist Dr. Ministerialrat Michael im Sachsischen Wirtschaftsministerium bestellt worden. Vertreter der Stadt Dresden ist der Vorstand des sächsischen Ausstellungsamtes, Stadtrat Dr. Templer.

* Die Schriftleitung gibt ihre öffentlichen Vorträge im Winterhalbjahr 1921/22 vor Weihnachten bekannt. Die Einzelvorträge finden im kleinen Saale der Dresdner Kaufmannschaft abends 7 Uhr statt: Sonnabend, den 8. Oktober: Geh. Regierungsrat Universitäts-Prof. Dr. Würzburger: Bevölkerungsveränderungen durch den Weltkrieg. — Sonnabend, den 29. Oktober: Prof. Dr. Schanze: Das neue Strafgesetzbuch. — Sonnabend, den 19. November: Prof. an der Technischen Hochschule Dr. med. Kuhn, Direktor der Landesärztekammer für öffentliche Gesundheitspflege: Die großen Lehren des Weltkrieges auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege. — Sonnabend, den 10. Dezember: Prof. Dr. Bräuer: Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Lebenskosten. — Vortragsfolgen (im kleinen Saale der Dresdner Kaufmannschaft): Donnerstag, den 6. Oktober, und jeden folgenden Donnerstag bis 8. Dezember abends 1/2 Uhr: Prof. Dr. Schanze: Der Schutz der Warenbezeichnungen und die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. Erster Teil: Der Schutz der Warenbezeichnungen. Zweiter Teil: Die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. — Donnerstag, den 6. Oktober, und jeden folgenden Donnerstag bis 8. Dezember abends 8 Uhr: Prof. Dr. Bräuer: Valuta und Währung. Dienstag, den 11. Oktober, und jeden folgenden Dienstag bis 13. Dezember abends 8 Uhr: Dr. Böttiger: Die Frauenfrage. Der zweite Teil des Vortrages wird kurz vor Weihnachten ausgegeben werden.

* Unter den Ländern Österreichs ist vielleicht Kärnten, das zwischen Tirol, Steiermark und Krain liegt und dessen Alpengebiet mit dem Großglockner als bekanntestes Berggebiet durch die Drau in zwei Teile geteilt werden, das deutsch-gesinnteste, denn die Abstimmung, die im Sommer auf Grund der Anschlusspläne stattfand, ergab ein geradezu glänzendes Resultat: über 90 Proz. der Bevölkerung stimmte für den Anschluss an Deutschland. Um den Reichsdeutschen ihre Sympathie zu bezeugen und für Kärnten zu werben, werden am 11. Oktober 40 bis 50 Familien aus Kärnten Dresden einen Besuch abstatten. Nach einem offiziellen Empfang auf dem Hauptbahnhof werden die Familien bei ihrem fünfjährigen Aufenthalt Aufführungen verschiedener Art veranstaltet, die Bilder vom Leben und Treiben der Kärntner in ihren Hauptorten Klagenfurt, Villach und St. Veit, in ihren Tälern und auf ihren Höhen entdeckt werden. Die Kosten werden durch eine Tombola aufgebracht, die von Dresden's Firmen, die so oft schon vaterländische und Wohltätigkeitsunternehmungen opferfreudig gefördert haben, hoffentlich recht unterstützt wird. Studenten und junge Damen haben sich in den Dienst der guten Sache gestellt.

* Eine starkbesuchte Versammlung des Dresdner Kirchenbeamtenvereins beschäftigte sich am Montag neunzehn zahlreichen Eingängen und Mittelungen mit dem Bericht über die Hauptversammlung des Landesvereins in Stolberg. Für die Opferwoche des Deutschen Beamtenbundes sind nachhaltige Beiträge gezeichnet worden. Für die Oppauer Opfer wurde eine Spende bewilligt. Der Vorsitzende berichtete über die letzten Sitzungen im Deutschen Beamtenbund, Ortsgruppe Dresden. Die Versammlung nahm einen sehr eingehenden Bericht über die Lage der Kirche im allgemeinen und über die Lage der Kirchenbeamten im besonderen entgegen. Bezeichnende Regelung der Amtsbezeichnungen und Gewöhnung der erhöhten Zugaben will man vorstellen werden. In der nächsten Sitzung soll eine eingehende Befprechung der Kirchengemeindeordnung stattfinden. Den Vorschlägen bezüglich Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen wurde zugestimmt.

* Am 1. Oktober übernehmen die Herren Kurt Beyer, bisher Bahnhofswirt in Tharandt, und Alfred Bergmann, seit 20 Jahren Geschäftsführer auf dem Bahnhof Dresden-Neustadt, auf dem Hauptbahnhof, die Gewirtschaftung des Hauptbahnhofs. Sie werden den Betrieb unter der Firma Hauptbahnhof Dresden Beyer & Bergmann führen, und planen eine große Reihe Verbesserungen, von denen jetzt der Ausbau des Kellens besonders anfällt. Weitere praktische und mit den neuesten technischen Einrichtungen versehene Anlagen im Innern der Räume und auf den Bahnsteigen werden im Laufe der nächsten Monate geschaffen.

= Im Autotaxi Dresden-Weiher Hirsch sind Standplätze für Kraftfahrzeuge auf der Lohmann- und Marienstraße, für Pferdeanhänger 1. und 2. Klasse und für Motorräder an der Ecke Boughner und Schulstraße errichtet worden. * Im Monat August 1921 betrug die Zahl der dem hiesigen Polizeipräsidium angezeigten Verbrechen, Vergehen und Überstreichungen 3211, die Zahl der erstatteten Anzeigen 4213, während sich die Zahl der zu Polizei- und anderen Ämtern gegebenen Gutachten und Auskünfte auf 11 404 belief.

Die Gesamtzahl der im Monat August im hiesigen elektrischen Straßenbahnbetriebe vorgekommenen Unfälle betrug 10 — darunter 7 Zusammenstöße —, bei 7 Unfällen wurden 7 Personen (6 männliche, 1 weibliche) verletzt. Ferner sind dem Polizeipräsidium 20 Selbstmorde und 30 Selbstmordversuche angezeigt worden.

* Bei der in den Dresdner Blättern gemeldeten Beschlagnahme eines Waffentransports teilt das Präfektur des Polizeipräsidiums noch folgendes mit: Bei der Beschlagnahme des Waffen- und Munitionstransports handelt es sich um sogenannte Pirschbüchsen nebst Munition, die im freien Handel zu haben sind, nicht um Maschinengewehre, wie in einigen Zeitungen behauptet wird. Diese Waffen waren schon vor einigen Monaten in einem Strafverfahren beschlaghaft, aber nach Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft wieder freigegeben worden, da dem damaligen Besitzer eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen war. Die wieder beschlagnahmten Gewehre sollen nach Angaben des Führers des Autos, des Schuhleiters C. aus Chemnitz, in dessen Wohnung noch Chemnitz gebracht werden, wo sie C. wieder eingesetzt werden, um sie C. wieder einzeln oder weniger deutlich angezeigt. Wenn wir jetzt Flut und Wald durchwandern und uns in das „dunke“ Leben“ daseits versetzen, so können wir uns des schmerzlichen Gesichts nicht entziehen, daß wir den Waffenhandel den Aufschwung vermittelten und da er ferner später zugute, früher Obmann der Organisation Escherich der Ortsgruppe Chemnitz und jetzt der Vereinigung der Brüder C. Stein zu sein, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ob die Waffen für eine Selbstschutzhörung bestimmt waren, was C. übrigens bestreitet, oder nicht, wird die weitere Untersuchung ergeben.

* Einem Betrüger in die Hände gefallen ist eine hiesige Witwe in der Schulzistraße, die von einer unbekannten Familie eine Rosette mit 42 000 M. Bargeld und mehreren Sparfassbüchern in Verwahrung genommen hatte. Am 23. September erschien bei ihr ein Mann, der sich als Gerichtsbeamter aufgab und unter glaubhaften Vorwänden die Herausgabe der Rosette verlangte. Die Witwe gab dem Verlangen nach, später stellte sich die Sache jedoch als Schwindel heraus. Der Betrüger wird wie folgt beschrieben: Etwa 40 bis 45 Jahre alt, 168 cm groß, unterlegt, mit geschnittenem Schnurrbart, grauem Jodellanzug, ohne Kopfbedeckung. Die geschnäßige Familie hat für Wiederentzündung des Geldes eine hohe Belohnung zugesichert. Wer Angaben hierzu machen kann, wird nach der Kriminalpolizei gebeten.

Tageschronik.

Weiden, 28. September. Eine Natursehnsucht wurde von Herrn Gutsbesitzer Mann in Eulitz für die Ausstellung von Naturerzeugnissen zur Verfügung gestellt. Es sind drei zwei Hörnerhalme, wovon der eine 5 Rippen mit 105 Löchern, der andere 4 Rippen mit insgesamt 114 Löchern aufweist. Diese Halme entstammen einer Sorte, welche schon seit einer Reihe von Jahren daselbst angebaut worden ist, ohne daß der Samen gewechselt wurde. Dasselbe gilt auch von 4 Stück Kartoffeln, Sorte Edorado, die 610, 640, 640 und sogar 720 g Gewicht aufweisen. Ein schöner Erfolg bei der anhaltenden Dürre und Trockenheit dürfte wohl kaum möglich sein.

Berlin, 28. September. In der vergangenen Nacht brach beim Bau der Untergrundbahn in der Friedrichstraße ein hölzerner Balkenkran unter der Last eines 400 Tonnen schweren Eisenbahnträgers zusammen. Zwei Arbeiter wurden tot unter den Trümmern hervorgezogen, zwei schwer verletzt, doch sie am Mittag verstarben. Ferner wurden drei Arbeiter mehr oder weniger schwer verwundet.

Stettin, 28. September. In Gorlitz vertrieb eine Feuerbrunst neun Gebäude. Auch die alte Dorfkirche brannte vollständig nieder. Die gesamte Ernte und das Vieh wurden ein Raub der Flammen.

Ludwigshafen, 27. September. Im Direktionsgebäude der Badischen Anilinfabrik gab heute vormittag Generaldirektor Prof. Dr. Bosch der Presse einige Auflklärungen über die Verhältnisse des Werkes in Oppau. Was die Explosionsangabe, so sei auf die erste schwache die ungeborene Explosion gefolgt, die das Werk zum Einfuhr brachte und den großen Krater bildete. Hier habe sich das große Lager von Ammoniumsalpeter befunden. Über die Ursache der ersten Explosion sehe jede Vermutung. Diese sei der Direktion absolut unbekannt. Es durfte darüber nichts mehr vorhanden und alle dort beschäftigten Deute durchaus leben kommen. Besonders des Umfangs der Explosionserklärung erklärte Prof. Dr. Bosch u. a., die eigentlichen Salpeterbetriebe, in denen die Salpetersäureverbindungen hergestellt wurden, seien zerstört. Die Direktion hoffe, daß nach Herstellung der Gebäude des Betrieb wieder aufgenommen werden könne. Die Fabrikation des bisherigen Produktes werde nicht wieder aufgenommen werden, so lange nicht über die Herstellung des Produktes Abschluß herrsche. Die gezielte Auflösung von Dr. Julius, daß die Explosion von außen kam, sei so zu verstehen,

dass das Unglück von einem der Hauptexplosionsstelle benachbarten Fabrikgebäude seinen Ausgang genommen habe. Eine Verhöhung Dritter kommt nicht in Frage. Die gerichtliche Untersuchung werde sich anstellen haben, ob ein Verhältnis vorliege. Nach Ansicht des Generaldirektors sei dies nicht der Fall. Im Anschluß an die Besprechung wurde unter Führung mehrerer Herren der Direktion ein Rundgang durch das Oppauer Werk unternommen.

Ludwigshafen, 27. September. Die vierte Totalliste weist 14 Namen auf, so daß die Zahl der bis jetzt festgestellten Toten 414 beträgt. Die Zahl der noch nicht erkannten Leichen beträgt auch heute noch 76. Die Zahl der von ihren Angehörigen als vermisst gemeldeten Personen ist von 70 auf 160 gestiegen.

Gießen, 27. September. Die Regierungskommission des Saargebietes hat für die Opfer des Unglücks von Oppau 100 000 M. bewilligt.

* Herbstzeichen. Nach dem Kalender beginnt der Herbst bekanntlich mit dem 23. September, doch hat er sein kommen schon längst vorher mehr oder weniger deutlich angezeigt. Wenn wir jetzt Flut und Wald durchwandern und uns in das „dunke“ Leben“ daseits versetzen, so können wir uns des schmerzlichen Gesichts nicht entziehen, daß wir den Waffenhandel den Aufschwung vermittelten und da er ferner später zugute, früher Obmann der Organisation Escherich der Ortsgruppe Chemnitz und jetzt der Vereinigung der Brüder C. Stein zu sein, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ob die Waffen für eine Selbstschutzhörung bestimmt waren, was C. übrigens bestreitet, oder nicht, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Rochlitz im Gartnerei, 27. September. Die Wittenberger Wittenberg hat für die Opfer des Unglücks von Oppau 100 000 M. bewilligt.

* Herbstzeichen. Nach dem Kalender beginnt der Herbst bekanntlich mit dem 23. September, doch hat er sein kommen schon längst vorher mehr oder weniger deutlich angezeigt. Wenn wir jetzt Flut und Wald durchwandern und uns in das „dunke“ Leben“ daseits versetzen, so können wir uns des schmerzlichen Gesichts nicht entziehen, daß wir den Waffenhandel den Aufschwung vermittelten und da er ferner später zugute, früher Obmann der Organisation Escherich der Ortsgruppe Chemnitz und jetzt der Vereinigung der Brüder C. Stein zu sein, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ob die Waffen für eine Selbstschutzhörung bestimmt waren, was C. übrigens bestreitet, oder nicht, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Rochlitz im Gartnerei, 27. September. Die Wittenberger Wittenberg hat für die Opfer des Unglücks von Oppau 100 000 M. bewilligt.

* Herbstzeichen. Nach dem Kalender beginnt der Herbst bekanntlich mit dem 23. September, doch hat er sein kommen schon längst vorher mehr oder weniger deutlich angezeigt. Wenn wir jetzt Flut und Wald durchwandern und uns in das „dunke“ Leben“ daseits versetzen, so können wir uns des schmerzlichen Gesichts nicht entziehen, daß wir den Waffenhandel den Aufschwung vermittelten und da er ferner später zugute, früher Obmann der Organisation Escherich der Ortsgruppe Chemnitz und jetzt der Vereinigung der Brüder C. Stein zu sein, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ob die Waffen für eine Selbstschutzhörung bestimmt waren, was C. übrigens bestreitet, oder nicht, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Rochlitz im Gartnerei, 27. September. Die Wittenberger Wittenberg hat für die Opfer des Unglücks von Oppau 100 000 M. bewilligt.

* Herbstzeichen. Nach dem Kalender beginnt der Herbst bekanntlich mit dem 23. September, doch hat er sein kommen schon längst vorher mehr oder weniger deutlich angezeigt. Wenn wir jetzt Flut und Wald durchwandern und uns in das „dunke“ Leben“ daseits versetzen, so können wir uns des schmerzlichen Gesichts nicht entziehen, daß wir den Waffenhandel den Aufschwung vermittelten und da er ferner später zugute, früher Obmann der Organisation Escherich der Ortsgruppe Chemnitz und jetzt der Vereinigung der Brüder C. Stein zu sein, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ob die Waffen für eine Selbstschutzhörung bestimmt waren, was C. übrigens bestreitet, oder nicht, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Rochlitz im Gartnerei, 27. September. Die Wittenberger Wittenberg hat für die Opfer des Unglücks von Oppau 100 000 M. bewilligt.

* Herbstzeichen. Nach dem Kalender beginnt der Herbst bekanntlich mit dem 23. September, doch hat er sein kommen schon längst vorher mehr oder weniger deutlich angezeigt. Wenn wir jetzt Flut und Wald durchwandern und uns in das „dunke“ Leben“ daseits versetzen, so können wir uns des schmerzlichen Gesichts nicht entziehen, daß wir den Waffenhandel den Aufschwung vermittelten und da er ferner später zugute, früher Obmann der Organisation Escherich der Ortsgruppe Chemnitz und jetzt der Vereinigung der Brüder C. Stein zu sein, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ob die Waffen für eine Selbstschutzhörung bestimmt waren, was C. übrigens bestreitet, oder nicht, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Rochlitz im Gartnerei, 27. September. Die Wittenberger Wittenberg hat für die Opfer des Unglücks von Oppau 100 000 M. bewilligt.

* Herbstzeichen. Nach dem Kalender beginnt der Herbst bekanntlich mit dem 23. September, doch hat er sein kommen schon längst vorher mehr oder weniger deutlich angezeigt. Wenn wir jetzt Flut und Wald durchwandern und uns in das „dunke“ Leben“ daseits versetzen, so können wir uns des schmerzlichen Gesichts nicht entziehen, daß wir den Waffenhandel den Aufschwung vermittelten und da er ferner später zugute, früher Obmann der Organisation Escherich der Ortsgruppe Chemnitz und jetzt der Vereinigung der Brüder C. Stein zu sein, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ob die Waffen für eine Selbstschutzhörung bestimmt waren, was C. übrigens bestreitet, oder nicht, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Rochlitz im Gartnerei, 27. September. Die Wittenberger Wittenberg hat für die Opfer des Unglücks von Oppau 100 000 M. bewilligt.

* Herbstzeichen. Nach dem Kalender beginnt der Herbst bekanntlich mit dem 23. September, doch hat er sein kommen schon längst vorher mehr oder weniger deutlich angezeigt. Wenn wir jetzt Flut und Wald durchwandern und uns in das „dunke“ Leben“ daseits versetzen, so können wir uns des schmerzlichen Gesichts nicht entziehen, daß wir den Waffenhandel den Aufschwung vermittelten und da er ferner später zugute, früher Obmann der Organisation Escherich der Ortsgruppe Chemnitz und jetzt der Vereinigung der Brüder C. Stein zu sein, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ob die Waffen für eine Selbstschutzhörung bestimmt waren, was C. übrigens bestreitet, oder nicht, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Rochlitz im Gartnerei, 27. September. Die Wittenberger Wittenberg hat für die Opfer des Unglücks von Oppau 100 000 M. bewilligt.

* Herbstzeichen. Nach dem Kalender beginnt der Herbst bekanntlich mit dem 23. September, doch hat er sein kommen schon längst vorher mehr oder weniger deutlich angezeigt. Wenn wir jetzt Flut und Wald durchwandern und uns in das „dunke“ Leben“ daseits versetzen, so können wir uns des schmerzlichen Gesichts nicht entziehen, daß wir den Waffenhandel den Aufschwung vermittelten und da er ferner später zugute, früher Obmann der Organisation Escherich der Ortsgruppe Chemnitz und jetzt der Vereinigung der Brüder C. Stein zu sein, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ob die Waffen für eine Selbstschutzhörung bestimmt waren, was C. übrigens bestreitet, oder nicht, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Rochlitz im Gartnerei, 27. September. Die Wittenberger Wittenberg hat für die Opfer des Unglücks von Oppau 100 000 M. bewilligt.

* Herbstzeichen. Nach dem Kalender beginnt der Herbst bekanntlich mit dem 23. September, doch hat er sein kommen schon längst vorher mehr oder weniger deutlich angezeigt. Wenn wir jetzt Flut und Wald durchwandern und uns in das „dunke“ Leben“ daseits versetzen, so können wir uns des schmerzlichen Gesichts nicht entziehen, daß wir den Waffenhandel den Aufschwung vermittelten und da er ferner später zugute, früher Obmann der Organisation Escherich der Ortsgruppe Chemnitz und jetzt der Vereinigung der Brüder C. Stein zu sein, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ob die Waffen für eine Selbstschutzhörung bestimmt waren, was C. übrigens bestreitet, oder nicht, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Rochlitz im Gartnerei, 27. September. Die Wittenberger Wittenberg hat für die Opfer des Unglücks von Oppau 100 000 M. bewilligt.

* Herbstzeichen. Nach dem Kalender beginnt der Herbst bekanntlich mit dem 23. September, doch hat er sein kommen schon längst vorher mehr oder weniger deutlich angezeigt. Wenn wir jetzt Flut und Wald durchwandern und uns in das „dunke“ Leben“ daseits versetzen, so können wir uns des schmerzlichen Gesichts nicht entziehen, daß wir den Waffenhandel den Aufschwung vermittelten und da er ferner später zugute, früher Obmann der Organisation Escherich der Ortsgruppe Chemnitz und jetzt der Vereinigung der Brüder C. Stein zu sein, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ob die Waffen für eine Selbstschutzhörung bestimmt waren, was C. übrigens bestreitet, oder nicht, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Rochlitz im Gartnerei, 27. September. Die Wittenberger Wittenberg hat für die Opfer des Unglücks von Oppau 100 000 M. bewilligt.

* Herbstzeichen. Nach dem Kalender beginnt der Herbst bekanntlich mit dem 23. September, doch hat er sein kommen schon längst vorher mehr oder weniger deutlich angezeigt. Wenn wir jetzt Flut und Wald durchwandern und uns in das „dunke“ Leben“ daseits versetzen, so können wir uns des schmerzlichen Gesichts nicht entziehen, daß wir den Waffenhandel den Aufschwung vermittelten und da er ferner später zugute, früher Obmann der Organisation Escherich der Ortsgruppe Chemnitz und jetzt der Vereinigung der Brüder C. Stein zu sein, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ob die Waffen für eine Selbstschutzhörung bestimmt waren, was C. übrigens bestreitet, oder nicht, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Rochlitz im Gartnerei, 27. September. Die Wittenberger Wittenberg hat für die Opfer des Unglücks von Oppau 100 000 M. bewilligt.

* Herbstzeichen. Nach dem Kalender beginnt der Herbst bekanntlich mit dem 23. September, doch hat er sein kommen schon längst vorher mehr oder weniger deutlich angezeigt. Wenn wir jetzt Flut und Wald durchwandern und uns in das „dunke“ Leben“ daseits versetzen, so können wir uns des schmerzlichen Gesichts nicht entziehen, daß wir den Waffenhandel den Aufschwung vermittelten und da er ferner später zugute, früher Obmann der Organisation Escherich der Ortsgruppe Chemnitz und jetzt der Vereinigung der Brüder C. Stein zu sein, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ob die Waffen für eine Selbstschutzhörung bestimmt waren, was C. übrigens bestreitet, oder nicht, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Rochlitz im Gartnerei, 27. September. Die Wittenberger Wittenberg hat für die Opfer des Unglücks von Oppau 100 000 M. bewilligt.</p

Amtlicher Teil.

Die in Nr. 209 der Sächs. Staatszeitung vom 8. September 1921 erschienene Bekanntmachung des unterzeichneten Ministeriums, wonach in Orten mit mehr als 10000 Einwohnern die Verwendung von Fremdenbüchsen zu anderen Zwecken als denen des Gewerbelebens, insbesondere zu Geschäfts- oder Betriebszwecken, der Genehmigung der Gemeindeaufsichtsbehörde bedarf, wird auf die Gemeinde Großhennersdorf ausgedehnt. LWA IV 1417 Dresden, am 27. September 1921. 5383 Ministerium des Innern, Landeswohnungsamt.

Landespreisamt und Landespreisprüfungsstelle.

Die Verordnung des Wirtschaftsministeriums und des Ministeriums des Innern über das Landespreisamt vom 16. Juli 1919 (GBl. S. 201) wird, soweit sie nicht schon durch Verordnung vom 15. Oktober 1920 — Sächs. Staatszeitung Nr. 240 — außer Kraft getreten ist, mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab aufgehoben. Auf diesem Tage ist das Landespreisamt und sein Beirat aufgelöst. Die Abwicklung der wogen Preiswiederholung, Schleichhandels und Schleichversorgung nach dem 1. Oktober 1921 noch laufenden Geschäften des Landespreisamtes erlebt dass Polizeipräsidium Dresden, im übrigen ist die Verstärkung des Preisreihers, des Schleichhandels und der Schleichversorgung Sacha der örtlichen Polizeibehörden. Die Ausgaben der Preisprüfung, die dem Landespreisamt bisher auf Grund von § 10 der Reichsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen vom 25. September 1915 zugewiesen waren, werden vom 1. Oktober 1921 von der Landespreisprüfungsstelle erledigt.

Dresden, am 28. September 1921. [1038a Va (5374) Wirtschaftsministerium und Ministerium des Innern.

Landespreisprüfungsstelle betr.

§ 1.

Die Geschäfte der bisherigen Abteilung II des Landespreisamtes übernimmt die Landespreisprüfungsstelle. Sie untersteht der Aufsicht des Wirtschaftsministeriums.

§ 2.

Die Landespreisprüfungsstelle hat das Recht, zur Durchführung ihrer Aufgaben Hochauflösungen zu bilden. Bei der Beurteilung der Mitglieder der Hochauflösungen sind von den geistlichen Vertretungen und freien Vereinigungen der beteiligten Kreise Beteilige einzuhören.

§ 3.

Die Landespreisprüfungsstelle wird auf Grund von § 1 Abs. 1 der Reichskanzler-Bekanntmachung vom 12. Juli 1917 über die Auskunftspräfektur vom 11. April 1918

Reichscheblatt Seite 604 ermächtigt, die in dieser 187 Bekanntmachung bezeichneten Rechte zum Zwecke der Durchführung der ihr gestellten Aufgaben auszuüben.

§ 4.

Ausgabe der Landespreisprüfungsstelle ist die Prüfung von Preisbeschwerden sowie der Preisentwidlung aller Art. Sie hat insbesondere

a) die örtlichen Preisprüfungsstellen mit Anweisungen und mit Anleitungen zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben zu versorgen,

b) die ihr bekanntwerdenden Angaben über Preise und preisbildende Tatsachen zu kontrollieren.

Schnapaperle.

Eine Erzählung aus dem Erzgebirge
von Ernst Alfred Neumann.

17 Fortsetzung zu Nr. 224.)

Ein schöner Traum zerrann, kommt zur Wirklichkeit! puch! So sprach zur Weisheit zu Christoph Ilßen, dem Einmann, der mit seinem gebrochenen Herzen sang.

Lange ging er in seinem Zimmer auf und ab. Er stand vor seinem Schreibtisch, nahm das Querheftlein vom alten und neuen Menschen mit des Reformators eigener Vorrede herab und blätterte darin, um es gleich wieder an seinen Platz zurückzustellen.

Die Außenwelt hatte allen Sinn für ihn verloren.

Seine Gedanken gingen weite, einsame Wege. Möglich nahm er einen großen Bogen aus der Schublade des Schreises, spülte einen Gläschen an und schrieb mit seien, sicheren Buchstaben das ganze Blatt voll.

Rohrem er es mit seinem Sand getrocknet, las er die Zeilen nochmals durch, faltete den Bogen und steckte ihn in seine Rocktasche.

Sein Gesicht zeigte zum ersten Male wieder Ruhe. Doch plötzlich schwante er zusammen, ihm fröhliche, rote der Höhe des Tages. Es ging zu der Osterbank und ließ sich darauf. Der Kopf wurde ihm schwer, die Gedanken drehten sich.

Wohin da nicht das Schnapaperle? Da ziehen wir unsern Lebensweg breit und ohne Hemmnisse durch den, grünen Park aufsteigen zu dem fernen goldenen Tor, und da kommt plötzlich so ein kleines Schnapaperle uns in den Weg, und alle unsere Berechnung ist zuschanden —

Lebe wohl, Welt, du schimmerndes, gleichendes Jupfernspiel.

Aller ist nur Spiel, die bitterste Wahrheit, die ständige Freude ist nichts als Spiel und Gleichen. Die Wirklichkeit erschauern wir erst nach dieser Feierlichkeit, wenn der Vorhang gefallen ist.

Eine große Hand greift herein, nimmt einen nach dem Andern von der Bühne, Faust und Teufel und Hanswurst, wie sie in den Kästen und schlägt den Deckel zu.

mehr und' zu bearbeiten, die Verbandspreise zu beobachten, Preis-, Wohn- und Gewerbevergleiche anzuhören, Preisakkumulationen und die ihnen zugrunde liegenden Verhältnisse zu prüfen, Rätselstellungsgrundlage aufzustellen usw., e) für die allgemeine Verwertung der von den Preisprüfungsstellen in ihren Bezirken gemachten Erfahrungen zu sorgen,

d) auf Ansuchen der Behörden bei Preis- und Wirtschaftskämpfen statisches Material zu beschaffen,

e) in allen die Preisverhältnisse betreffenden Fragen die Ministerien zu beraten und auf Ansuchen an Behörden und Gerichte Gutachten zu erstatten.

§ 5.

Die Preisprüfungsstellen haben der Landespreisprüfungsstelle auf ihr Verlangen die zur Erfüllung der Aufgaben der Landespreisprüfungsstelle erforderlichen Mitteilungen in bezug auf ihren Bereich zugehen zu lassen.

§ 6.

Die in § 6 Abs. 2 Nr. 1 und § 8 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 25. September 1915 bezeichneten Befugnisse der Preisprüfungsstellen stehen der Landespreisprüfungsstelle gleichfalls zu.

570 III U

Dresden, den 28. September 1921. 5375 Wirtschaftsministerium. Hellisch.

In den Ausführungsbestimmungen zur Verordnung der Reichsregierung und des Staatssekretärs des Reichsarbeitersatzes vom 13. Januar 1919 über die Errichtung von Hochauflösungen für Hausarbeit vom 2. Januar 1920 (Sächs. Staatszeitung Nr. 3 vom 5. Januar 1920) erhält Biffer 4 II gleicher Fassung:

An Befehl und für Zeitverhältnis unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse bis auf weiteres:

- 25 Mark, wenn die Reise an denselben Tage angeendet und beendet wird,
 - 30 Mark täglich, wenn die Reise mehrere Tage erfordert,
 - 15 Mark täglich, wenn die Mitglieder nur an ihrem Wohnort tätig sind.
- 670 B
- Diese Verordnung gilt vom 1. Oktober d. J. an.
- Dresden, den 21. September 1921. 5362 Arbeitsministerium.

Für den Minister: J. B. Dr. Bangs.

Reg.-Med.-Rat Dr. Thiersch in Dresden ist vom 1. bis 5. Oktober d. J. beurlaubt und wird während dieser Zeit durch Reg.-Med.-Rat Dr. Werner in Dresden vertreten. 347 VII 5384 Dresden, 26. Sept. 1921. Kreishauptmannschaft.

Auf Antrag Beteiligter wird hiermit gemäß § 100 u. 100 b der Reichs-Gewerbe-Ordnung angeordnet, dass vom 24. Oktober 1921 ab sämtliche Gewerbetreibende, die in den Amtsgerichtsbezirken Döhlen und Tharandt das Herren- und Damen-schneid-Handwerk selbstständig betreiben, gleichwohl sie Gesellen, Gehilfen oder Lehrlinge halten oder nicht, der neu zu errichtenden Zwangsvollstreckung für das Herren- und Damen-schneid-Handwerk mit dem in den genannten Amtsgerichtsbezirken mit dem Sitz in Tharandt angestellten haben. 577 a IV Kreishauptmannschaft Dresden, 28. Sept. 1921.

Auf Grund der §§ 100 Absatz 1 und 100 b der Gewerbe-Ordnung wird auf Antrag Beteiligter und mit Rücksicht auf das Ergebnis des nach

§ 100a der Gewerbe-Ordnung abgesetzten Befreiungsverfahrens hiermit angeordnet, dass vom 1. Oktober 1921 an sämtliche Gewerbetreibende, die innerhalb des Bezirks der Kreishauptmannschaft Auerbach, die Städte mit der residirten Siedlebordnung eingeschlossen, das Klempner- und das Installateur-Handwerk selbstständig betreiben, der mit diesem Tage für den genannten Bezirk mit dem Sitz in Auerbach neu eingerückten Klempner- und Installateur-Zwangsvollzugsamt in der Kreishauptmannschaft Auerbach" als Mitglieder anzugehören haben. 5382 [5384 IV] 5378 Zwickau, 23. Sept. 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Auf Blatt 554 des bietigen Handelsregisters, die Firma Fruchthaus-Pfefferl und Obstwein-Keller Paul Wittig & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Köppendorf betr., ist am 19. September 1921 eingetragen worden:

Das Stammkapital ist durch Beschluss der Gesellschafter vom 20. Dezember 1920 um dreiundsechzigtausend Mark, also auf neununddreißigtausend Mark erhöht worden. 5363

Zwickau, 19. Sept. 1921. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 685 des normalen Municipal-Hofgerichts Dresden Blatt 685 auf den Namen Carl Oskar Thielemann eingetragene Grundstück soll Montag, am 5. Dezember 1921, vorzeitig 10 Uhr an der Gerichtsstelle, Lothinger Straße 1, Zimmer 118, im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach Angabe des Schäfers etwa 10 qm groß und auf 51 850 M. geschätzt.

Es besteht aus einem Wohn- und Geschäftshaus mit überlacktem Hofraum und liegt in Dresden-Alstadt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundstückamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. (Zimmer 120.)

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des normalen Municipal-Hofgerichts Dresden Blatt 685 auf dem Namen Carl Oskar Thielemann eingetragene Grundstück vor dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Auferforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerstreitet, glaubhaft zu machen, widrigfalls die Rechte bei der Feststellung des geringeren Gebots nicht berücksichtigt und bei der Befriedigung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgelegt werden würden.

Bei einer Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muss vor der Erteilung des Anschlags die Aushebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt. 5377

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 26. September 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 22 des normal. Reg. Gerichtsamt Dresden, betr. die Altenegesellschaft Brauerei zum Hirschenkeller bei Dresden in Dresden: Zum Mitgliede des Vorstandes ist bestellt der Direktor Gustav Beck in Dresden;

2. auf Blatt 11968, betr. die Altenegesellschaft Eisenwerk G. Beuer, Altenegesellschaft in Görlitz: Zum Vorstandsmitgliede ist bestellt der Generaldirektor Ferdinand Bild in Görlitz-Hofbed. Prokura ist erteilt dem Direktor Johannes Evertz in Hamburg. Es ist befugt, die Gesellschaft zusammen mit einem Vorstandsmitgliede zu vertreten;

3. auf Blatt 8753, betr. die Firma Adolf Bauer in Dresden: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Erich Siegenbeck in Dresden;

4. auf Blatt 8400, betr. die Firma Oscar Laube in Dresden: Prokura ist erteilt der Buchdruckereibesitzer Helene Laube geb. Utop in Dresden;

5. auf Blatt 15361, betr. die Firma Georg Spranger in Dresden: Die Firma ist erloschen;

6. auf Blatt 15171, betr. die Firma Ernst Niedenzu in Dresden: Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 27. September 1921.

die Augen feucht werden, wenn wir unser Kind erblicken, und nichts, gar nichts sonst begreift, als wieder ein Kind sein zu sein. Mein Freund, nicht nur jedem, der seine Heimat schätzt; es ist fähig, auch für ein Dimmengericht zu verzerrt."

"Man lohnt Euch schlecht die Mühe, die Ihr um Eures Landes Wohl habt," meinte der Hofsprecher.

"Was sprech Ich von Lohn?" die hellen Augen blitzen den Geistlichen unter den bissigen Frauen hervor an, "ein Sklave arbeitet um Lohn. Ein Mensch, der in sich seiner hohen Sendung auf Erden bewusst ist, schafft aus heiliger Liebe zu seinem Gott. Aber wer sollte dem großen Hause führen, wenn er den Sinn in des Höchsters Willen nicht erkennt, der von hoher Weise aus vorhersah und ahnt, was in fernster Zukunft seinem Volke nützen wird. Man muss das kleine Küken nicht scheuen, um Grotes zu erreichen. Auch das Werginge fordert Treue und wird groß, wenn es für das Vaterlandes Wohl getan wird. Unserer Engel erkennt, was wir nicht haben."

"Wo sind die Freuden?" die hellen Augen blitzen den Geistlichen unter den bissigen Frauen hervor an, "ein Sklave arbeitet um Lohn. Ein Mensch, der in sich seiner hohen Sendung auf Erden bewusst ist, schafft aus heiliger Liebe zu seinem Gott. Aber wer sollte dem großen Hause führen, wenn er den Sinn in des Höchsters Willen nicht erkennt, der von hoher Weise aus vorhersah und ahnt, was in fernster Zukunft seinem Volke nützen wird. Man muss das kleine Küken nicht scheuen, um Grotes zu erreichen. Auch das Werginge fordert Treue und wird groß, wenn es für das Vaterlandes Wohl getan wird. Unserer Engel erkennt, was wir nicht haben."

"Wo sind die Freuden?" die hellen Augen blitzen den Geistlichen unter den bissigen Frauen hervor an, "ein Sklave arbeitet um Lohn. Ein Mensch, der in sich seiner hohen Sendung auf Erden bewusst ist, schafft aus heiliger Liebe zu seinem Gott. Aber wer sollte dem großen Hause führen, wenn er den Sinn in des Höchsters Willen nicht erkennt, der von hoher Weise aus vorhersah und ahnt, was in fernster Zukunft seinem Volke nützen wird. Man muss das kleine Küken nicht scheuen, um Grotes zu erreichen. Auch das Werginge fordert Treue und wird groß, wenn es für das Vaterlandes Wohl getan wird. Unserer Engel erkennt, was wir nicht haben."

"Wo sind die Freuden?" die hellen Augen blitzen den Geistlichen unter den bissigen Frauen hervor an, "ein Sklave arbeitet um Lohn. Ein Mensch, der in sich seiner hohen Sendung auf Erden bewusst ist, schafft aus heiliger Liebe zu seinem Gott. Aber wer sollte dem großen Hause führen, wenn er den Sinn in des Höchsters Willen nicht erkennt, der von hoher Weise aus vorhersah und ahnt, was in fernster Zukunft seinem Volke nützen wird. Man muss das kleine Küken nicht scheuen, um Grotes zu erreichen. Auch das Werginge fordert Treue und wird groß, wenn es für das Vaterlandes Wohl getan wird. Unserer Engel erkennt, was wir nicht haben."

"Wo sind die Freuden?" die hellen Augen blitzen den Geistlichen unter den bissigen Frauen hervor an, "ein Sklave arbeitet um Lohn. Ein Mensch, der in sich seiner hohen Sendung auf Erden bewusst ist, schafft aus heiliger Liebe zu seinem Gott. Aber wer sollte dem großen Hause führen, wenn er den Sinn in des Höchsters Willen nicht erkennt, der von hoher Weise aus vorhersah und ahnt, was in fernster Zukunft seinem Volke nützen wird. Man muss das kleine Küken nicht scheuen, um Grotes zu erreichen. Auch das Werginge fordert Treue und wird groß, wenn es für das Vaterlandes Wohl getan wird. Unserer Engel erkennt, was wir nicht haben."

"Wo sind die Freuden?" die hellen Augen blitzen den Geistlichen unter den bissigen Frauen hervor an, "ein Sklave arbeitet um Lohn. Ein Mensch, der in sich seiner hohen Sendung auf Erden bewusst ist, schafft aus heiliger Liebe zu seinem Gott. Aber wer sollte dem großen Hause führen, wenn er den Sinn in des Höchsters Willen nicht erkennt, der von hoher Weise aus vorhersah und ahnt, was in fernster Zukunft seinem Volke nützen wird. Man muss das kleine Küken nicht scheuen, um Grotes zu erreichen. Auch das Werginge fordert Treue und wird groß, wenn es für das Vaterlandes Wohl getan wird. Unserer Engel erkennt, was wir nicht haben."

"Wo sind die Freuden?" die hellen Augen blitzen den Geistlichen unter den bissigen Frauen hervor an, "ein Sklave arbeitet um Lohn. Ein Mensch, der in sich seiner hohen Sendung auf Erden bewusst ist, schafft aus heiliger Liebe zu seinem Gott. Aber wer sollte dem großen Hause führen, wenn er den Sinn in des Höchsters Willen nicht erkennt, der von hoher Weise aus vorhersah und ahnt, was in fernster Zukunft seinem Volke nützen wird. Man muss das kleine Küken nicht scheuen, um Grotes zu erreichen. Auch das Werginge fordert Treue und wird groß, wenn es für das Vaterlandes Wohl getan wird. Unserer Engel erkennt, was wir nicht haben."

"Wo sind die Freuden?" die hellen Augen blitzen den Geistlichen unter den bissigen Frauen hervor an, "ein Sklave arbeitet um Lohn. Ein Mensch, der in sich seiner hohen Sendung auf Erden bewusst ist, schafft aus heiliger Liebe zu seinem Gott. Aber wer sollte dem großen Hause führen, wenn er den Sinn in des Höchsters Willen nicht erkennt, der von hoher Weise aus vorhersah und ahnt, was in fernster Zukunft seinem Volke nützen wird. Man muss das kleine Küken nicht scheuen, um Grotes zu erreichen. Auch das Werginge fordert Treue und wird groß, wenn es für das Vaterlandes Wohl getan wird. Unserer Engel erkennt, was wir nicht haben."

Rechte auf Befriedigung auf dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des normalen Municipal-Hofgerichts Dresden Blatt 685 auf dem Namen Carl Oskar Thielemann eingetragen waren

Auf Blatt 11564 des Handelsregisters, betr. die Firma **Wederhoff & Widmann Aktiengesellschaft Niederlassung Dresden** in Dresden, zweiniedrigelöschung der im Biebrich unter der Firma **Wederhoff & Widmann Aktiengesellschaft** bestehenden Aktien gesellschaft, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 14. Juni 1921 hat beschlossen, das Grundkapital zu erhöhen um elf Millionen Mark, verfallend in viertausend auf den Inhaber lautende Stammaktien je ein tausend Mark, die zum Kurs von 108 % ausgegeben werden sollen, jedoch auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien Lit. A zu je ein tausend Mark, die zum Kurs von 105 % ausgegeben werden sollen und ein tausend auf den Namen lautende Vorzugsaktien Lit. B zu je ein tausend Mark, die zum Kurs von 108 % ausgegeben werden sollen. Diese Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt nunmehr einsundzwanzig Millionen Mark, die in vierzehntausend auf den Inhaber lautende Stammaktien je ein tausend Mark, leichter auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien Lit. A zu je ein tausend Mark und ein tausend auf den Namen lautende Vorzugsaktien Lit. B zu je ein tausend Mark verfallen. Der Gesellschaftsvertrag vom 3. Oktober 1907 mit seinen mehrfachen Abänderungen ist durch Beiblatt derselben Generalversammlung laut Notarientprotokoll vom gleichen Tage zußer Kraft gesetzt worden. An seine Stelle tritt der am 14. Juni 1921 festgestellte neue Gesellschaftsvertrag. Gegenstand des Unternehmens sind die Ausführung der Tief- und Hochbauten und ähnlichen Arbeiten aller Art momentan in Beton und Eisenbeton, die Ausführung von Entwässerungen, die Herstellung und der Vertrieb von Cementzementen. Die Gesellschaft kann sich auch in jeder Form an anderen Unternehmungen beteiligen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende ist befugt, bei Vorhandensein von mehreren Vorstandsmitgliedern einzelne von ihnen zu ermächtigen, die Gesellschaft allein zu vertreten. 5380

Es wird noch bekanntgegeben, daß die neuen Stammaktien, die auf den Inhaber laufen, zum Kurs von 108 %, die Vorzugsaktien Lit. A, die auf den Inhaber laufen, zum Kurs von 105 % und die Vorzugsaktien Lit. B, die auf den Namen laufen, zum Kurs von 108 % ausgegeben werden. Die Vorzugsaktien Lit. A und B sind mit folgenden Rechten ausgestattet und zwar: Die Vorzugsaktien Lit. A erhalten 6 % Dividenden mit Nachbezugsrecht aus dem Gewinn fünfziger Jahre. Wird bei einer Beteiligung den Stammaktien ein Gewinnanteil von insgesamt mehr als 10 % zu gewinnen, so ist der Hundertstel des Anteils der Vorzugsaktien Lit. A bis zum Höchstmaß von 8 % vergrößert zu erhöhen, doch sie darf jede Einheit des Hundertstels, die über 10 hinaus auf die Stammaktien entfällt, die halbe Einheit als weitere Dividende erhalten. Sie können mittels Auslobung, Abfindung, Antikoupe oder in ähnlicher Weise eingezogen werden. Die Nachhaltung erfolgt zum Rentenbetrag mit einem Aufschlag von 20 — zwanzig — % und gegen Erhaltung fälliger Dividenden, sowie von 6 % Stückzinsen seit Beginn des Geschäftsjahrs, in dem die Auszahlung fällig wird, gegen Rückgabe der Aktienurkunde nebst Gewinnanteil- und Erneuerungsschein. Werden Aktien, die ausgelöst werden sollen, nicht der Gesellschaft bilden, einen Posten vor der Aufforderung an zur Verfassung gestellt, so werden sie mit einer weiteren Monatsfrist zur Einziehung gefordert und das Aufsichtsrat bestätigt dann statt 20 nur 15 %. Die Vorzugsaktien Lit. B können nur mit Genehmigung des Vorstandes und des Aufsichtsrats der Gesellschaft aus andere übertragen werden und haben zehnjähriges Stimmrecht und Anteil auf 6 % Vorzugsdividende mit Nachbezugsrecht aus dem Gewinn fünfziger Jahre. Das Dividendenvorzugsrecht der Aktien Lit. A und B steht im Range gleich. Amtsgericht Dresden, Abt. III, 27. Sept. 1921.

Folgende im Grundbuche für Glasur, Forderglauchauer Anteil, auf den Namen Richard Max Braunthal eingetragenen Grundstücke sollen, jedes in einem besonderen Verfahren,

am 7. Oktober 1921

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden:

1. Blatt 870, nach dem Flurbuche 3,5 Ac groß, auf 27690 M. geschäft (Termint vormittags 9 Uhr), besteht aus Wohn- und Geschäftsbau (Edhaus), Werkstätten, Hofraum, Horgarten, und liegt in Glashau, Chemnitzer Platz 4. Angeblich vorhandenes Jukebox, das aber teilweise dritten Personen gehörte soll, ist gehoben auf 2420 M. geschäft;

2. Blatt 869, nach dem Flurbuche 1,8 Ac groß, auf 13470 M. geschäft (Termint vormittags 9 Uhr), besteht aus Wohngebäude mit Seitenflügel, Schuppengebäude und Hofraum, und liegt in Glashau, Querwinkelstraße 1. 5364

Amtsgericht Glashau, den 3. August 1921.

Auf dem für die Kommanditgesellschaft Pfälzer, Strübb & Co. in Glashau geführten Blatt 564 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden, daß bei der Prokura des Kaufmanns Alfred Alfred Köhler in Glashau die Belehrung als Gesamtpfleger wegfällt; 5365

Amtsgericht Glashau, den 26. September 1921.

Auf dem die Firma Bruno Alois & Sohn betr. Blatt 272 des Handelsregisters ist heute das Auscheiden des Buchhalters Theodor Heinrich Bruno Alois sen. eingetragen worden. 5366

Amtsgericht Kamenz, am 17. September 1921.

Auf Blatt 20416 des Handelsregisters ist heute die Firma Gustav Fiedler Aktien-Gesellschaft in Leipzig eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. August 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation und der Betrieb von Musikinstrumenten jeder Art. Die Gesellschaft übernimmt zum Zwecke der Fortführung das unter der Firma Gustav Fiedler in Leipzig betriebene Unternehmen und kann gleichzeitig oder ähnliche Anlagen erwerben bez. sich an solchen betreiben. Das Grundkapital beträgt eine Million fälschentausend Mark, in eintausendfünfhundert Aktien zu je tausend Mark verfallend. Die Gesellschaft wird rechtsverbindlich vertreten, a) wenn der Vorstand aus einer Person besteht, durch diese allein, b) wenn der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, entweder durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen, c) gleichviel ob der Vorstand aus einer Person oder aus mehreren

Mitgliedern besteht, durch zwei Prokuristen. Der Aufsichtsrat ist berechtigt, einzelnen Mitgliedern des Vorstandes die Befugnis zu erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt die Kommerzient Julius Wilhelm Zimmermann und Paul Max Zimmermann, beide in Leipzig. Prokura ist entwilt den Kommerzient Walter Schubert und Max Krause, beide in Leipzig. Jedes von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Mitglied des Vorstandes aber mit einem anderen Prokuristen vertreten.

Hierüber wird noch folgendes bekanntgemacht: Der Vorstand besteht je nach Bestimmung des Aufsichtsrats aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern und unterliegen die Bestellung des Vorstandes ebenso wie der Widerfuhr der letzten der Bestimmung des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat ist auch bestellt, Stellvertreter des Vorstandes zu bestellen und Bestimmungen über die Verteilung der Gehaltsstücke unter mehreren Vorstandsmitgliedern zu treffen. Die höheren Ausstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder werden mit diesen durch den Vorstand des Aufsichtsrats vereinbart und festgelegt. Die Generalversammlungen der Gesellschaft werden durch den Vorstand oder Aufsichtsrat unter Bezeichnung der Tagessordnung mittels öffentlicher Bekanntmachungen, und zwar in der Regel nach dem Ende der Gesellschaft herren. Die Bekanntmachung soll mindestens 17 Tage vor dem anberaumten Termine erfolgen. Bei Versetzung dieser Frist wird der Tag des Erreichens des die Bekanntmachung enthaltenden Blattes und der Tag der Versammlung nicht mit gerechnet. Alle von der Gesellschaft ausgelösenden Bekanntmachungen erfolgen durch den "Deutschen Reichsgericht" und genügt einmalige Bekanntmachung, sofern nicht eine offene Bekanntmachung gesetzlich oder durch den Gesellschaftsvertrag ausdrücklich vorgeschrieben ist. Es ist dem Erreichen des Aufsichtsrats überlassen, die Bekanntmachungen der Gesellschaft auch noch in anderen Blättern als dem "Deutschen Reichsgericht" zum Ablauf zu bringen, ohne daß deren Wirksamkeit von der Veröffentlichung in diesen Blättern abhängig ist. Die Unterzeichnung der Bekanntmachung erfolgt in der für Wissensstiftungen des Vorstandes und des Aufsichtsrats vorgegebenen Weise. Die im Namen des Aufsichtsrates abzugebenden Erklärungen des Vorstandes oder Stellvertreters erfolgen unter der der Firma der Gesellschaft beifügenden Bezeichnung "Der Aufsichtsrat" mit Namenszeichen. Die Aktien laufen auf den Inhaber. Kommerzient Julius Heinrich Zimmermann in Berlin, Franz August Zimmermann und Julius Wilhelm Zimmermann, letztere beide in Leipzig, als alleinige Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma Gustav Fiedler in Leipzig bringen in die Aktiengesellschaft ein das von ihnen unter dieser Firma geschaffene Geschäft mit dem Firmenzeichen und den Aktien der offenen Handelsgesellschaft — welche allein haben nach dem Stande vom 31. Dezember 1920 berechnet sind — im Gesamtwert von 2518 086 M. 90 Pf. In den eingetragenen Aktien gehörenden insbesondere auch die zum Betriebe des Unternehmens gehörenden Maschinen, Werkstätten, Inventar und Warene wie auch Kommerzient Julius Heinrich Zimmermann die ihm eigentlich gehörigen, in Leipzig, Sedanstraße 17, Gegetzstraße 7 und 8 gelegene, auf Blatt 361, 2986 und 2983 des Grundbuchs für Alt-Leipzig eingetragenen, dem Faduvertrieb dienenden Grundstücke einschließlich der Gebäude, deren Bewertung mit 300 000 M. in der Gesamtkasse der Aktien mit erhalten ist, in die Aktiengesellschaft mit einbringt und seinerzeit sich verpflichtet, diese Grundstücke nach Eintragung der Aktiengesellschaft in das Handelsregister dieser unverzüglich aufzulösen. Daheingegen übertragen die Aktiengesellschaft die ebenfalls nach dem Stande vom 31. Dezember 1920 berechneten sämtlichen Pachten der Firma Gustav Fiedler einschließlich des auf den Grundstücken Blatt 3661, 2936 beziehentlich 2983 des Grundbuchs für Alt-Leipzig eingetragenen Hypotheken, und zwar auf beiden ersten auf letztere von 20 000 M. semi anhängen, insbesondere Kostenlasten, von denen jedoch die beiden ersten Hypothesen sich infolge gesetzlicher Amortisationsabrechnung am 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.18 M. 58 Pf. und 21.03.19 M. 10 Pf. mindern. Die Löschung dieser Hypothek wie auch diejenige der auf den angesogenen Grundstücken 3661 und 2936 für die Firma Hardt & Co. G. m. b. H. in Berlin eingetragenen Sicherungshypothek von 110 000 M. herbeizuführen, im Kommerzienrat Zimmermann verpflichtet. Ergibt sich hieraus für die Aktiengesellschaft nur eine Gesamtbefreiung des Grundstücks vom 22.04.1

Sächsische Angelegenheiten.

Frühe Stellen für Lehrer.

Eine Lehrerstelle in Pleiße. Rößl.: Oberste Schulehrer. Osterr. C. Schöne Wohnung vorr. Röm. bis zum 17. Okt. an den Bezirkschulrat für Chemnitz II, Postfach 15.

Warnung vor Verschwendungen mit Brötgetreide.

Vom Sächsischen Mühlenverband wird und geschildert: Nachdem wir in die Bewirtschaftung der neuen Getreidearten eingetreten sind und die Brötgetreide durchaus tatsächlich vorzügliche Qualitäten aufweist, ist die Verfolgung mit dem wichtigsten Rahmenkriterium, dem Proz., eine gänzlicher als früher geworden. Heute scheinen aber viele Deute zu vergessen, daß wir ein anderes Volk sind und im eigenen Lande nicht genug Getreide zur Verfügung steht und Ausfuhr im Auslande infolge unserer schlechten Valuta auf immer größere Schwierigkeiten stoßen. Aus diesem Grunde sollten und müssen wir sparen und mit unseren Getreidearten keinen Raubbau treiben. Nachdem im Kriege eine Ausfuhr von 50 bis 95 Proz. aus dem Getreide blühende Vorstadt war, glaubten die sächsischen Mühlen nach Besiedelung mit den Bevölkerungsverlusten der Siedlerei im Interesse der Volkswirtschaft zu handeln, als ob eine Ausmühlung des freien Getreides von 15 Proz. für Roggen und von 75 Proz. für Weizenmehl feststanden. Heute suchen sofort verschiedene außerordentliche Großmühlen aus dieser Vereinigung Kapital zu schlagen, und so erleben wir, daß jetzt Mehl mit einer 6% oder 60 Proz. Aufzehrung angeboten werden, um sich Ablagabiete in Sachsen zu schaffen. Eine Konkurrenz, obige Aufzehrungsprozentage wiewohl vorhanden sind, existiert nicht, während die zusammengeführten sächsischen Mühlen durch eine aus Vertretern der Müllerrei und Bäckerei zusammengeführte Kommission Typenmuster herstellen lassen, die gleichmäßige und einwandfreie Mehlsorten garantieren. Wenn man bedenkt, daß ein zu 70 Prozent ausgemahlener Weizenmehl im Frieden als ein schönes Sammelmehl 10.00 galt, so ist daraus ersichtlich, daß die Verbraucher mit veratartigen Mehlen sehr zufrieden sein könnten. Dessen wie aber mit nievor ausgemahlenen Mehlen Verschwendungen, so wird die Inlandsrente vorsichtig verbraucht und wir laufen Gefahr, im nächsten Frühjahr und Sommer teure Auslandswaren kaufen zu müssen, wenn uns das Überhaupt noch möglich ist. Alle Vollkreise sollten deshalb im eigenen Interesse niedrig ausgemahlene Mehle zurückweisen, damit nicht nach einer kurzen Zeit des Wohlstandes wieder Verhältnisse eintreten, wie wir sie bei der Bevölkerung die ganzen Kriegsjahre hindurch gehabt haben.

Tagung des Sächsischen Lehrervereins.

Dresden, 27. September

An den Vortrag von Schneider-Dresden über die Hochschule hörte sich eine ergebige Aussprache, die in der Annahme mehrerer Anträge zu Einzelvragen gipfelte. Sekretär Fehlhaber sprach davon „Zur wirtschaftlichen Lage“. In den ersten Teile seiner Aussprache legte der Vortragende dar, daß der Vollstaat die beste Vollbildung verlangt und für die Bewirtschaftung des demokratischen Gedankens Bildung und Erziehung unerlässliche Voraussetzungen sind. Von diesem Standpunkt aus sei die Bevölkerungsfrage keine Lehrerfrage, sondern eine Frage der Bewahrung der Volksschule und der Bildungsarbeit überhaupt. Die Folgerung aus dieser Tatsache sei aber im Volksschule nicht gezogen worden. Die Akademiker seien bei der Bevölkerungsreform allgemein eine Stufe höher eingestellt worden, die Prof. der Volksschuloberer aber sei in Gruppe 7 geblieben und damit die Spannung außerordentlich verschärft worden. Auch in der vom ländlichen Landtag beschlossenen Regelung könne die sächsische Lehrerschaft keine Erfüllung ihrer grundlegenden Forderung erwarten und nur zurzeit sich damit abfinden. Sie beharrte auf ihrer grundsätzlichen Forderung. Eine besondere Benachteiligung hätten die technischen Lehrtäler erfahren, denen nicht einmal die Aufschwungsfähigkeit zugestanden worden sei, wie auch anderen Beamten und Lehrern. Der Sächsische Lehrerverein müsse deshalb den Bevölkerungskampf fortführen, bis Schule und Lehrerschaft ihre Rechte geworden sei. Im zweiten Teile ging er auf die gewünschte wirtschaftliche Lage ein, unter der die Beamten und Lehrerschaft leideten. Er wies nach, daß diese Lage ein Dauerzustand seit Jahrzehnten sei. Durch den Krieg und seine traurigen Begleiterscheinungen seien die Beamten und Lehrer wirtschaftlich völlig unter die Räder gekommen. Weder die Bevölkerungsreform noch das Polagenamt vermöchten die Bevölkerung der Beamtenschaft aufzuhalten. Auch die lege Einommenserhöhung habe keinen Ausgleich zu den Teuerungsverhältnissen gebracht. Währte die Trauerung um das 15 Jahre gestiegen wäre, vertrage die Erhöhung der Gehälter ungefähr das 6% bis 8% und bleibe damit völlig ungünstig. Die vom Reichstag ausgesprochene bestimmt Erwartung, daß „durch die Einkommenserhöhung der Teuerung Abhilfe getragen sei“, müsse die gesamte Beamten- und Lehrerschaft mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Sie fordert 1. daß die Gehälter und Löhne den Weltmarktpreisen angeglichen werden; 2. eine einheitliche Bevölkerung für Stadt und Land unter Beweisstellung der Siedlungen. Die Wirkung hierzu seien vorhanden, wenn der Staat die Steuergelehrte durchläuft und nicht nur, wie bisher, Steuerberatungen von Gehälts- und Lohnempfängern erhebe. Etwa der Fehlhaber legte der Versammlung eine Gleichsetzung zu jenen Dresden-brachte manche Anregung und Recherchen-

ausführungen vor, die ohne Debatte einstimmig angenommen wurde und wie folgt lautet:

I. Unter dem Drude der Reichsregierung hat der Landtag des Freistaates Sachsen die Bevölkerungsförderung des Volksschullehrer unerfüllt gelassen. Die 18. Allgemeine Versammlung des Sächsischen Lehrervereins erblieb in dem einstimmigen Beschluss des Landtags, die Volksschullehrer in die Gruppen 7, 8, 9 im Verhältnis 1:2:2 einzuteilen, nur eine vorläufige Regelung. Die Lehrerschaft verzerrt auf ihrer Forderung: Die Volksschullehrer sind einzurichten in die Gehaltsgruppe, die der Bevölkerungsgruppe für Beamte und Lehrer mit voller akademischer Bildung unmittelbar vorangestellt ist. Der Sächsische Lehrerverein wird den Bevölkerungskampf führen, bis dieses Ziel erreicht ist.

II. Die lege Erhöhung der Teuerungsschläge belastet die drückende Lage der Beamten- und Lehrerschaft in keiner Weise. Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag haben die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht erkannt oder nicht erkennen wollen. Eine durchgreifende Regelung, die der forschenden Entwicklung des Geldes standhält, ist nicht erfolgt. Die dringend notwendige Festlegung eines Mindeststeuerungsschlags ist wiederum unterblieben. Die unzureichende Feststellung des Teuerungsschlags und der Kinderzulagen nach Ostpreußen bleibt bestehen. Die Hilfslehrerinnen wie die Mundartlehrerinnen überhaupt erhalten eine ungetreifte schwere Benachteiligung. Der besonderte Antrag der Mühlenbäder wird nicht durch Gewährung des Ausgleichszuschlags in gleicher Höhe, wie ihn im Dienst befindlichen Beamten und Lehrer erhalten, abgelehnt. Gegen diese unzureichende Bevölkerungspolitik erhebt die 18. Allgemeine Versammlung des Sächsischen Lehrervereins stärksten Einspruch. Der Deutsche Beamtenbund wird aufgefordert, unverzüglich alle Schritte zu tun, um eine beständigende Regelung der wirtschaftlichen Lage der Beamten- und Lehrerschaft herbeizuführen. Grundbegriff muß sein: 1. Angleichung der Gehälter und Löhne an die Weltmarktpreise; 2. einheitliche Bevölkerung für Stadt und Land unter Beweisstellung der Ostpreußen.

III. Bei jeder Regelung der Beamten- und Lehrergehälter wie bei anderen dringlichen Anforderungen für Kulturaufgaben wird von den Regierungen mit Nachdruck auf die allgemeine Finanznot des Reiches und der Länder hingewiesen. Der aufreizende Zug und das ungewölkte Wohlleben gewisser Schichten der Bevölkerung, die zu beobachten der Beamten- und Lehrerschaft Tag für Tag Gelegenheit geboten ist, stehen dazu im schroffsten Gegensatz. Zur vollen Erfüllung der hier vorhandenen reichen Steuerquellen hat es der Staat bisher noch nicht gebracht. Die Steuergelehrte sind bis jetzt, wie auch der Reichslandrat anerkannt hat, nur bei den Hohn- und Gehaltserhöhungen restlos durchgeführt worden. Wie fordern, daß die Regelung sofort an die allgemeine Durchführung der Steuergelehrte herangeht; nur so erhält der Staat die Mittel zur Erfüllung der Kulturaufgaben.

Bezirksschulrat H. Hennau schloß den 18. Bundesstag mit Worten herzlicher Anerkennung für das treue Auftreten der Verhandlungen. In dem Augenblick, wo er aus dem Vorstand ausschied, gedachte er des glänzenden Aufstiegs des Lehrervereins in der Zeit, wo er darin mitgearbeitet habe. Für die Zukunft solle dem Verein das Wofungswort gelten: Nunquam retrorsum! Im Namen: „Väter, reicht die Hand zum Bunde!“ sang die Tagung wohlvoll aus.

Tagung des Landes-Obst- und Weinbauvereins.

Am Sonnabend, den 24. und Sonntag, den 25. September, tagte die diesjährige Hauptversammlung des Sächsischen Landes-Obst- und Weinbauvereins zu Döbeln. Neben einer sehr reichhaltigen Obstausstellung, veranstaltet vom Bezirksoberbauverein Döbeln, wurde den Teilnehmern der lebhafte Obst- und Gemüsebau betrieb und eine ebenso dort zusammengestellte Musterobstschau an den Siedlungsarten Hochweinholz und einige Privatmusteranlagen gezeigt. Die Hauptversammlung wurde unter Begrüßung der Herren Vertreter der Behörden, der Landwirtschaftlichen Kreisvereine und der anwesenden Mitglieder des Landes-Obst- und Weinbauvereins durch den Vorsitzenden, Herrn Dr. Nöggerath Dr. Uhlemann, Großenhain, eröffnet. Der Vorsitzende gab einen Einblick in die Organisation des Landes-Obst- und Weinbauvereins, in die Tätigkeit derselben, und betonte die Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit von Landesverein und Bezirksovereinen und allen zuständigen Stellen. Herr Amtshauptmann Dr. Drechsel begrüßte die Anwesenden als Vorsitzender des Bezirks-Ostbauvereins Döbeln, Herr. Stadtkonst. Georgi im Namen der Stadt Döbeln. Der Vorsitzende des Bezirks-Ostbauvereins Döbeln gab einen kurzen Rückblick über die obstbauliche Tätigkeit im Bezirk, schilderte die Vorarbeiten der Ausstellung und konnte diese mit ihrer reichhaltigen Einwendung herabordigen Prüfung als sehr gelungen bezeichnen. Neben der Obstschau konnte den Teilnehmern das Kompetitionsprogramm der Dresdner Dynamitfabrik in mehrfacher Vorführung gezeigt werden. Ebenso gab die Ausstellung und Besichtigung des Staatsrealgymnasiums mit landwirtschaftlicher Lehranstalt unter Führung des Herrn Studienrats Wehner manche Anregung. Ein Vortrag des Herrn Obstbauamtsleiters Gartenbauinspektor Illing-Wiemers, über Baumsortenformen, stellte zu einer regen Aussprache über die verschiedenen Erziehungsarten des Obstbaumspektrums und bestätigte die geborene Fähigkeit allgemein. Der Vortrag der Wanderlehrerin Hil. Käte Schmidt-Dresden brachte manche Anregung und Recherchen-

auf dem Gebiete der häuslichen Obst- und Gemüseerwerbung. In den Verhandlungen hatten etwa 200 Personen aus dem ganzen Lande teilgenommen.

Kostenlose Beratung für anwandernswillige Akademiker durch das Reichswanderungsamt.

Hk. Aus besonderer Veranlassung richtet die Geschäftsstelle des Verbandes der Deutschen Hochschulen, Münster i. W., hiermit die Bitte an alle deutschen Hochschullehrer, auswandernswillige Studenten dringend darauf hinzuweisen, daß sie vor der Ausführung irgendwelcher Entschlüsse von einer berufenen Seite, sei es vom Reichswanderungsamt Berlin NW 6, Luisenstraße 31a, oder einer seiner Zweigstellen im Reiche (Bielefeld, Bielefeldstr. 29, Braunschweig, Hagenmarkt 13, Bremen, Bahnhofstraße 30/31, Bremen, Kaiser Wilhelm Platz 20, Dresden-N. I., Friedengasse 6, Düsseldorf, Elberfeld, kleine Vogelsang 15, Essen, Städts. Arbeitsamt, Frankfurt a. M., Rothenstr. 9, II, Freiburg i. Br., St. Stephanusverein 6, B., Halles a. S., Städts. Arbeitsamt, Hamburg, Moorlandshof, Holzbrücke 9, Hannover, Wendeholzweg 30, Köln, Breitestr. 78, Leipzig-Gohlis, Friedrich Karl-Str. 22, Mannheim, Schloß, München, Salvatorstr. 19, Nürnberg, Frankenstraße 24, L. Stettin, Hofmarkt 4, Stuttgart, Deutsches Auslandsinstitut, Wißenshausen, Evangelisches Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer) eingehend beraten lassen. Die Auskünfte dieser amtlichen Stellen, die schriftlich oder mündlich und unentgeltlich erteilt werden, erstrecken sich auf alle Gebiete des Wanderungswesens, auf Einwanderungsgezüge, Vogelfreiheiten und Reisen, auf die klimatischen, wirtschaftlichen, volkstümlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse der Einwanderungsländer, auf die jeweilige Arbeitsmarktlage, die Lebensunterhaltskosten und Aussichten für die verschiedenen Berufe dorthin, auf die Zuverlässigkeit von Auswanderungsvereinigungen, Siedlungunternehmungen, Stellenvermittlungen und der gleichen mehr.

Bund der Kinderreichen.

Zur Wohnung der Interessen kinderreicher Familien ist an vielen Orten Deutschlands ein „Bund der Kinderreichen“ gegründet worden. Zweck des Bundes ist Schutz und Hebung der Familie, insbesondere die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Kinderreichen. Dabei will der Bund nicht um Almoebit bitten; die Vollstrecker, die sich in ehelicher Arbeit selbst erhalten wollen, soll man nicht auf Wohltaten anweisen, vielmehr muß alles, was den Kinderreichen verschafft ist, zusehends gesteckt, als berechtigte Forderung auf gleicher Grundlage erachtet werden. Der Bund will die Not in den Kinderreichen Familien beseitigen und tritt zielbewußt für das Einkommen nach dem Familiensstande und für Änderung der Steuergelehrte ein. Es will die großen Schäden auf dem Gebiete des Wohnungsbauwesens bekämpfen und daben streben, daß die Achtung der kinderreichen Familien in den Kleinstädten aufrecht bleibt. Die Mittelschulen des Bundes kann von Familien mit vier Kindern erworben werden. Familienvater oder -mutter kinderreicher Familien in Dresden oder auch in anderen Städten Sachsen, die bereit sind, sich dem Bund der kinderreichen Familien anzuschließen, wollen ihre Ansicht an den Vertretern des Jugendamtes der Technischen Hochschule, Dresden, Reichsstraße 18 L, zu erläutern.

Schwarzberg. Die städtischen Körperchaften haben beschlossen, zur Unterstützung der Angehörigen der bei dem Unglück in Dippau in der Pfalz ums Leben gekommenen Personen einen Betrag von 1000 M. aus öffentlichen Mitteln zu überweisen. Jetzter sind dafür noch 300 M. gespendet worden. Außerdem haben die Mitglieder der städtischen Körperchaften zu Gunsten der Obengenannten auf die Aufzehrungsentschädigungen für zwei Sitzungen in Höhe von zusammen 400 M. verzichtet.

Bad Elster. Ein wegen seines milden, gleichmäßigen Klimas und seiner heilichen Quelle im reich bewaldeten Umland von der Arzneiheilpraxis Wissenshausen ausgebauten Winterkurort, bleibt das ganze Jahr zum Kurbetrieb geöffnet. Es ist für die beiden Wissenshäuser Nutzung des Offizier-Senioriums beschlossen worden. Es soll im Gegenzug zu den Sommermonaten nicht nur kriegsbeschädigten Offizieren und Beamten, sondern im Winter auch Offizier- und Witwen sowie Offizier- und Beamten-Heimpaten der Außenstall eröffnet werden. Keine wesentliche Preissteigerung. Während in der Geschäftsstelle des Deutschen Offizierbundes, Landesverband Sachsen, Dresden-N. Gartstraße 18 L, zu erzielen.

Schönau i. E. Der Gemeinderat genehmigte den Haushaltplan der Gemeinde, der mit einem Gehaltbetrag von 442 000 M. abschließt.

Rosenthal i. E. Die Gemeinde ist der Gesamtversorgung Erzgebirge-Werk beigetreten.

Auerode. Die Sammlung für Auslandende erzielte ergab 480 M. — In einer Versammlung heißer Landwirte wurde beschlossen, zur Versorgung der minderbemittelten Ortsbewohner für den Hektar Anderbauläche 8 M. Rosenthal zum Preise von 25 M. abzugeben. Die dadurch freigegebene Menge wird einige hundert Rentner betreffen und soll durch einen Zusatz mit Hilfe der Gemeindebehörde verteilt werden. — Seit kurzem sind hier Gewerbeleute nicht mehr zu verzeichnen, indem sie alle Arbeit gefunden haben.

Großdörr (Bez. Chemnitz). Der Gemeinderat bewilligte 150 000 M. zur Beschaffung von Wasserrechten.

Leipzig. In Gegenwart von Vertretern der Behörden wurde in Leipzig das Kreiskrankenhaus Leipzig-Land eröffnet. Es befindet sich im vorliegenden Garnisonslazaret, das vom Krankenhausverband Leipzig-Land für 384 000 M. käuflich erworben wurde. Im Anschluß hieran fand die Grundsteinlegung zum Erholungsheim Leubnig bei Leipzig statt, das ebenfalls vom Krankenhausverband errichtet wird.

Samaden. Der städtische Ratsteller ist geschlossen worden. In seinen Räumen soll künftig die städtische Spar- und Girofeste Unterkunft erhalten.

Bautzen. In der Stadtverordnetenversammlung in Bautzen teilte der Oberbürgermeister mit, daß auf die neue Auleite der Stadt Bautzen bereits 21 Mill. M. angemeldet seien, dabei wären die Schulprojekte noch nicht berücksichtigt.

Frohburg. Der Haushaltplan der Gemeinde verzeichnet einen Gehaltbetrag von 1968 134,68 M. Der Haushaltplan ist lediglich aufgestellt worden, um der neuen Stadt Freital für ihren Haushaltplan die notwendigen Unterlagen zu geben.

Sport.

Tunnen. Die Turnabteilung für Rausleute im Allgemeinen Turnverein zu Dresden beschloß die Feier ihres 25. Stiftungsfestes am vergangenen Sonntag mit einem im großen Saale der Dresden-Kaufmannschaft abgehaltenen Festkonzert und anschließendem Ball. Ballkarte war die Schar der Gäste, Freunde und ehemaligen Mitglieder aus nah und fern, die der Jubeltag der Abteilung herbeigeführt hatte. Als Vertreter des Allgemeinen Turnvereins bemerkte man u. a. Generalrat Friedrich. Einem von Herrn Thurm mit begeistertem Ausdruck vorgetragenem Vortrache folgten die Darbietungen der gewonnenen Künstler. Für die eifrige Frau v. Schuch war lobend würdigweise Frau Hieberger eine Begrüßung über die Bühne und Bühne eingetreten und fand mit der vollendeten Biedergabe der Kriege aus Sachsen und eingeschloßene Biedern von Schumann und Schubert wohlverdient, reichen Beifall. Herr. Amans, ebenfalls von der Stadtoper, erfreute durch den Wallfahrt und die Bemühungen seiner Mütter und seinem Vater, die von den Namen der Biedergabe und Biedern von Schumann und Schubert wohlverdient, reichen Beifall. Der Vortrag Prof. Preysche am Klavier einer verständnisvollen Jubiläumskapelle, welche die Biedergabe und Biedern von Schumann und Schubert wohlverdient, reichen Beifall. Der Vortrag Prof. Preysche am Klavier einer verständnisvollen Jubiläumskapelle, welche die Biedergabe und Biedern von Schumann und Schubert wohlverdient, reichen Beifall. Der Vortrag Prof. Preysche am Klavier einer verständnisvollen Jubiläumskapelle, welche die Biedergabe und Biedern von Schumann und Schubert wohlverdient, reichen Beifall.

* Am 1. Oktober d. J. erfüllt sich ein Zeitvertrag, der Wiederholung, Worte der Begeisterung, an die teilliche Begeisterung und übernahm die von den Damen

Turnerische Vorführungen am Stützrad und eine recht wertvolle Darstellung von Turnen, Spiel und Sport im lebenden Bilder beschlossen den ersten Teil des Festprogramms. Mit einem regenden Kuherringen wurde der Festball eröffnet, der die Teilnehmer noch lange in angeregter Stimmung zusammenhielt. Nach der Abteilung mit ihrem Auftritt weiteren Kreisen und insbesondere dem Kaufmannsvereine erneut Anerkennung für die Pflege der Leibesübungen gegeben haben, wie es das Gebot der Stunde dringend erforderte.

Im Männerturnverein (Seelöwen) Dresden wird neben dem Turnen von jeher besonders das Wandern gepflegt. Am 11. September wanderte die Turnerinnen-Abteilung von Tharandt über Sonnentempel, Neumeister-Weg, Waldstück, Hartenbadstraße nach Edle Krone. Weiter ging es den Mühlweg entlang der Wälder Weißeritz bis Talsperre Altenberg. Die Männer einschließlich der Jugendabteilung dagegen unternahm, 30 Mann fast, am 25. September ihre Herbststurmfahrt. Ab Ausendorf pilgerte man über Seelöwstadt auf wenig begangenen Pfaden durch die Nassenei nach Frankenthal. Der Weg führte weiter über Hammelau (Schleife - Gedernstein), Forsthaus Luchsenburg nach dem Schwedenstein. Der Abstieg nach Pulsnitz wurde bei frohem Marschtempo schnell bewältigt und hier im Kreise Pulsnitzer Turngenossen die Heimkehr abgewartet.

Wettkampffolge für das Landesportfest der jüd. Landespolizei in Dresden auf dem D. S. C.-Platz
— Schlagzeile —

Freitag, den 30. September 1921.

9. 8.30 vorm. 100 m Laufen, 9. Vorläufe. 10. 8.30 vorm. 100 m Laufen, Vorläufe, 11. 9.45 vorm. Weitsprung, Vorläufe. 12. 10.30 vorm. 400 m Laufen, 6. Vorläufe, 13. 2 nachm. Ringen, Entscheidung. 14. 2 nachm. Diskuswerfen, Vorläufe. 15. 2.45 nachm. 110 m Hürdenläufe, 9. Vorläufe. 16. 3 nachm. Hochsprung für Dreikampf. 17. 3.45 nachm. 100 m Laufen für Dreikampf. 18. 4 nachm. Handgranatenwerfen für Dreikampf. 19. 4.15 nachm. 5000 m Laufen, Entscheidung. 20. 4.45 nachm. 4 mal 100 m Staffel, 4. Vorläufe.

Sonnabend, den 1. Oktober 1921.

D. S. C.-Platz.
21. 8.30 vorm. 100 m Laufen, 3 Zwischenläufe. 22. 8.45 vorm. Hochsprung, Vorläufe. 23. 9 vorm. Gewichtstoßen, Entscheidung. 24. 9.30 vorm. 400 m Laufen, 2 Zwischenläufe. 25. 9.30 vorm. Faustballzwischenspiel. 26. 9.30 vorm. Tanzszenen, Vor- und Zwischenlampen. 27. 9.45 vorm. Speerwerfen, Vorläufe. 28. 10.30 vorm. 110 m Hürdenläufe, 3 Zwischenläufe. 29. 10.45 vorm. Faustballspiel, 30. 10.45 vorm. 1500 m Laufen, 2 Vorläufe. 31. 1.30 nachm. Faustballentscheidungsspiel, 1. Hälfte. 32. 1.45 nachm. Weitwurf, Entscheidung. 33. 2.15 nachm. 100 m Laufen, Entscheidung. 34. 2.15 nachm. Boxen, Entscheidung. 35. 2.20 nachm. Faustwerfen, Entscheidung. 36. 2.40 nachm. Hochsprung, Entscheidung. 37. 3 nachm. 110 m Hürdenläufen, Entscheidung. 38. 3.10 nachm. Angelstoßen, Entscheidung. 39. 3.30 nachm. 400 m Laufen, Entscheidung. 40. 3.40 nachm. Speerwerfen, Entscheidung. 41. 3.40 nachm. 1500 m Laufen, Entscheidung. 42. 4 nachm. 4 mal 100 m Staffel, Entscheidung. 43. 4 nachm. Faustballentscheidungsspiel, 2. Hälfte. 44. 4.10 nachm. Faustschlagwurf, Entscheidung. 45. 4.20 nachm. Tanzszenen, Entscheidung. 46. 4.45 nachm. Olympia-Sießel, Entscheidung. 47. 5 nachm. Siegerverkündung und Preisverteilung.

Radrennen in Dresden.

Das "Goldene Rad" bezeichnet sich das 3 zweistunden-Rennen, das am nächsten Sonntag mit fünf erlaubten deutschen Dauerfahrten auf der Rennbahn in Dresden-Reick stattfindet. Das letzte zweistunden-Rennen, im Jahre 1913 ausgetragen, gewann der Berliner Saldow, der 168,520 km zurücklegte und damit einen großen Sieg vor Thomas, Rettelbeck, A. Vanderschijt und Miguel errang. Die diesjährigen Starter sind neben dem ehemaligen Sieger Saldow der Frankfurter Weiß, der Berliner Lewanow, der Europameister Stellbrink und der Sachsen und Preußenmeister Rosellen. Alle fünf Fahnen befinden sich in aufgezähltem Form und werden alles daran setzen, um die bestehenden deutschen Rekordtore zu verbessern, da außer den Preisen 3000 M. für neue Rekorde ausgesteckt sind. Das Rennen verspricht bei der erlaubten Belebung das interessanteste des Jahres zu werden. Als besondere Sensation gilt auch der Abmarsch aus dem Flugzeug mittels Fallschirm. Der führe Springer, Ingenieur Helmut Berlin, wird nur in 1000 m Höhe den Abmarsch wagen und im Innerraum der Rennbahn landen. Außerdem finden die Meisterschaften der D. R. U. über 1 und 10 km statt, zu denen die besten Unionfahrer aus Dresden, Berlin, Hannover und Kaiserlautern (Pfalz) gemeldet haben. Die Rennen beginnen bereits 1/2 Uhr und von 1/2 Uhr ab findet Konzert statt.

30 Jahre Sächsischer Radfahrer-Bund.

Ein Radfestsjubiläum besonderer Art feiert der über 8000 Mitglieder zählende Sächsische Radfahrer-Bund am 29. und 30. Oktober in Leipzig. Der am 10. Oktober 1891 von einigen radforschtenden Männern in Leipzig gegründete Verband hat sich während seines 30jährigen Bestehens unter Leitung bewährter Vorsteher zu einer führenden deutschen Sportgemeinschaft herausgebildet. Die Jubiläum findet am Sonnabend, den 29. Oktober, in sämtlichen oberen Räumen des Kristall-Palais in Leipzig statt. Musikalische Darbietungen und erstaunliche radforschende Aufführungen werden dort geboten. Die Festhalle, welche mit den Bannern von weit über 100 Vereinen geschmückt werden, dürften ein schönes Bild geben. Am darauffolgenden Sonntag, den 30. Oktober, erfolgt die Einweihung eines Ehrentendenkmals für die im Weltkrieg gefallenen Bundeskameraden des Sächsischen Radfahrer-Bundes. Über 150 Vereine haben schon jetzt ihre Teilnahme an der Feier zugesagt. Vom Augustusplatz ab werden sie, da die Teilnehmer mit über 100 Bannern unter Vorantritt einer Musikkapelle in einem eindrucksvollen Zug auf dem Rade nach dem Denkmalsplatz in den Gönnewitzer Waldungen zur Einweihung des Denkmals begeben.

Regeln.

Der Regierungsverband Meißen vollzieht am Sonntag, den 9. Oktober, die Weihe seines Heims und lädt dabei die auswärtigen

Vereine zu Göthe. Sonnabend, den 8. Oktober, findet Kommers, Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 10 Uhr, die Weihe des Saarheims und Eröffnung des Regelns auf den alten Bahnen statt. Für das Regelns, das als Vorführung zum nächsten Betriebsbeginn in Meissen gedacht ist, sind vorgesehen: Danziger mit 100 Augeln mit Einsch. 1. Ehrenpreis 1000 M. u. i. w. Drei 50 Augeln-Bahnen mit Einsch. 1. Ehrenpreis 1500 M. u. i. w. Zwei Ehrenbahnen (10 Augeln) mit Einsch. Platten-Berleitung für die zehn höchsten Werte. 1. Ehrenpreis 1000 M. u. i. w. Zwei Tagesgelb-Bahnen (5 Augeln) mit Einsch. Projektionspreise 6, 5, 4, 3, 2, 1. Die Tagessiegbuden rechnen am Schluß jeden Tages, die übrigen Bahnen am Donnerstag den 13. Oktober, ab. Das Regelns wählt von Sonntag vormittag 10 Uhr bis Donnerstag abend 5 Uhr. Ab 8 Uhr abends erfolgt Siegerverkündung. Wohnungs-Anmeldungen werden erbeten an Regelvater Hans Kern, Meissen, Am Bahnhof.

Börsenwirtschaftliches.

Waffenindustrie im Wirtschaftsleben.

In den Erhebungen, die wir gegenwärtig an der Börse erleben, in der „Auktion vor der Port“, dem Emporshallen der ausländischen Devisen und den riesigen Steigerung aller Kurse für Industriewerte erblieb ein Arzt, Dr. P. Kirchberg, in einem Aufzug, den er im neuesten Heft der „Umschau“ veröffentlicht, eine Massenpsychose, und er führt zum Vergleich aus früheren Jahrhunderten zwei ähnliche Beispiele wilder Spekulationswut an, bei denen unverhohlen jugendliche Einflüsse im Spiele waren. Das erste Beispiel ist die „Tulpenomanie“ in den Niederlanden, die zu einer schweren wirtschaftlichen Erschütterung ganz Europas führte. Die Tulpe wurde im 16. Jahrhundert Gegenstand der Spekulation, die genau wie heute betrieben wurde. Man „fixte“, d. h. man verkaufte die Zwiebel, die man zunächst gar nicht bezahlte, für unerhörte Summen, um sie zu einem bestimmten Termin zu liefern. War dann die gehandelte Spielart nicht auf dem Markt, so verkaufte man alles Hab und Gut, um die Differenz zu bezahlen. Eine einzige Zwiebel brachte einmal 13 000 Gulden. Alles handelte mit solchen Zwiebeln, nicht nur die Kaufleute, sondern auch Adlige, Bauern, Knechte und Räude. Den Höhepunkt erreichte der Tulpenzwischenmarkt in den Jahren 1634 bis 1637. Es war eine Massenreaktion, gegen die dann eine Reaktion mit genau gleicher Stärke einsetzte. Tulpenzwischenmarkt, die ihr Gewicht in Gold wert gewesen waren, wurden plötzlich zu wertlosen Dingen. Die Art, für die man 13 000 Gulden bezahlt hatte, kostete nun 50 Gulden und später noch 5 Gulden. Der Bank war nicht Einhalt zu tun, und als im April 1637 verordnet wurde, daß die kontrolliert festgelegten Summen ebenso wie andere Schulden eingetrieben werden könnten, war der Rücken der Zwiebelspekulanten nicht mehr aufzuhalten. Das Land hat sich viele Jahre lang nicht von dem Schlag erholt können, und die Nation hatte sich nicht nur auf Holland beichtet, sondern bis London und Paris erweitert. Ein zweites Beispiel bietet die französische Finanzgeschichte in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Der schottische Finanzkämpfer John Lam botte eine bescheidene Privatbank in eine „Banque Royal“ umgewandelt, aus der dann die „Compagnie de l'Occident“, eine privilegierte Handelsgesellschaft für den unübersehbaren Handel entstand. Diese übernahm die Privilegien der ostindischen, chinesischen und afrikanischen Gesellschaften und wurde so zu der reichen „Compagnie des Indes“, die das ausländische Handelsrecht nach dem Kapland, Ostafrika, Südasien, China, Japan usw. und dazu noch die Generalpacht des Miniregals erhielt. Als Law 1719 die Massen seiner Aktien auf den Markt warf, begann eine wilde Jagd des Publikums daran, die lebhafte an die heutige Zeit erinnert. 300 000 Aktien mit einem Nominalwert von 150 Mill. Livres wurden in drei Wochen ausgegeben, die aber vom Markt zu Kurien aufgenommen wurden, die der Gesellschaft 1500 Millionen brachten. Nach dem Ankertrag fragte kein Mensch mehr, in den letzten Monaten des Jahres wurde der Kurs von 11 000 Livres in einigen Tagen auf 18 000 für die Aktie getrieben, und an den Tagen der Aktienziehung war das Gebäude vor den Kontoren der Gesellschaft so, daß täglich mehrere Menschen erdrückt wurden. Wieder erfolgte die Reaktion mit der selben Heftigkeit. Man begann zu realisieren, das Publikum wurde ängstlich, einer stieß den andern mit seinen Beschuldigungen an, und trotz aller Gemahntwörter, um die Kurie zu halten, wirkte die Suggestion der Massen unwiderrücklich, vor den zeitweilig geöffneten Büros warteten viele Tausende die ganze Nacht, um die entwerteten Aktien in Metallmünze umzutauschen, wobei mehr als ein Dutzend Personen das Leben im Gebäude verloren, und zehn Monate später waren die Aktien nur noch 40 Livres wert. Indem Dr. Kirchberg diese Erscheinung im Vergleich mit den heutigen Vorjahren sieht, die einen noch viel gewaltigeren Umfang angenommen haben, betont er, daß diese Bewegung sich nur durch die Beleidigungen der Menschen erkläre leicht, die in ihrer Angst vor der Entwertung des Geldes nach allem streben, was noch Goldwert besitzt oder zu besitzen scheint.

* Die Filiale Sofia der Deutschen Bank hat ihren regelmäßigen Betrieb wieder aufgenommen. Zur Leitung der Filiale wurden berufen: Dr. Kommerzienrat Drachmeier als Direktor und Dr. Timotheus Wurth als Kellvertretender Direktor.

* Großwirker Papierfabrik A.-G., Halle. Die Aktionäre erhalten auch für das abgelaufene Geschäftsjahr wieder 15 % Aktiengewinnanteil.

* Jute-Spinnewei und Weberei Berlin-Baaken.

Der mit der Deutschen Textilvereinigung Aktien-Gesellschaft abgeschlossene Bachtvertrag wurde von der Aktionsversammlung aufgelehnt. Die lebendige Gesellschaft pachtet danach den Berliner und Baaken'schen Betrieb der Jute-Gesellschaft mit Rückwirkung ab 1. Januar 1921 zunächst auf zehn Jahre. Bis zum 31. März 1931 hat die Pächterin zu erklären, ob sie diesen Bachtvertrag noch auf weitere fünf Jahre laufen lassen will oder nicht. Für 1921 werden von den Aktionären der Jute-Gesellschaft 6 % Aktiengewinnanteil und für die folgenden Jahre je 8 % garantiert. In den Jahren

1916 bis 1920 hatten die Aktionäre 6 %, 10 %, 6 % und 6 % erhalten. Die Deutsche Textilvereinigung A.-G. hat ihr Aktienkapital auf 20 Mill. Mark erhöht. Sie hat den Betrieb ordnungsmäßig aufrechterhalten, die Abfertigungen in der heutigen Weise vorzunehmen, in sämtliche Betriebe einzutreten und auch das gesamte Personal zu übernehmen. Die bisherigen Direktoren treten in den Vorstand der Pächterin ein. Der Vorsitzende der Deutschen Textilvereinigung teilt den Aktionären mit, daß der Geschäftstag lediglich sei.

* Chromopapierfabrik u. Gartenbauvorwerk, Gustav Rojek A.-G. in Leipzig. Die Gesellschaft beabsichtigt die Ausgabe von 2 Mill. M. neuen Stammaktien, die den Aktionären zu 290 % im Verhältnis von 2 : 1 zum Bezuge angeboten werden sollen.

* Vogtländische Spinnereiwerke A.-G. in Plauen i. S. Die Gesellschaft, die ihrer Aktionären für das verflossene Geschäftsjahr 30 % Aktiengewinnanteil gewährt kann, bietet ihren Aktionären auf je zwei alte Aktien eine neue Aktie mit Gewinnanspruch ab 1. Juli d. J. zum Vorzugskurs von 125 % an.

Berlin, 28. September. Devisenkurse.

	Telegraphische Zahlung auf	26.9.	26.9.	27.9.	27.9.
	Deutsch.	Deutsch.	Deutsch.	Deutsch.	Deutsch.
Holland	100 Gulden	4070.00	4070.10	3971.00	3970.00
England	100 Pfund	2267.70	2272.30	2259.75	2254.75
Spanien	100 Pesetas	29.20	29.07	28.75	28.50
Frankreich	100 Francs	1590.45	1601.60	1570.85	1574.10
Italien	100 Lire	185.81	186.20	179.80	180.20
Deutschland	100 Deutsche	2162.80	2164.80	2157.82	2162.20
West. (Amer.)	100 Dollars	7.82	7.92	7.89	7.87
Deutsch. Amerika	100 Deutsche	128.35	128.65	125.10	125.40
Spanien	100 Pesetas	17.96	18.02	18.48	18.53
Portugal	100 Escudos	102.33	102.33	102.60	102.60
Italien (Amer.)	100 Lire	89.60	89.40	89.85	89.40
Italien (Amer.)	100 Lire	516.95	518.05	509.95	508.05
Spanien	100 Pesetas	473.00	514.00	471.00	472.00
Italien	100 Lire	129.87	127.13	124.12	124.20
Italien	100 Francs	898.10	899.90	898.60	899.10
Italien	100 Lire				

Berlin, 28. September. Devisenkurse.

80-100 J. alt, sowie Silber-Gegenst. von Liebhaber zu höchst. Preis zu kaufen.

Nur schriftl. Anfrage erbeten an Paul Weichold, Kreisstraße 18, L. 5373

Brillanten

• Gold- u. Silber-

• gegenstände, Perlen,

• Platin kauft Juwelier

• William Hager Jr.,

• Schloßstr. (4744)

Neustädter Schauspielhaus.

Das vierte Gebot. Hof. 1/2 Uhr. Ende nach 1/2 Uhr.

Freitag: König Ricolo. Anfang 1/2 Uhr. Ende gegen 1/2 Uhr.

Die Ritterungen. 2.1. 7 Uhr. Ende gegen 7 Uhr.

Freitag: Rugby. Anfang 1/2 Uhr. Ende gegen 1/2 Uhr.

Neustädter Schauspielhaus.

Das vierte Gebot. Hof. 1/2 Uhr. Ende nach 1/2 Uhr.

Freitag: König Ricolo. Anfang 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Residenztheater.